

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumero: Vierteljahr 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisverzeichn.: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Freitag, den 2. September 1898. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Ein Wendepunkt in der Dreyfus-Affäre.

Paris, 31. August 1898.

Ein entscheidender Wendepunkt in der Dreyfus-Affäre ist die Verhaftung des Obersten Henry auf Befehl des Kriegsministers Cavaignac. Henry, Nachfolger des Obersten Picquart als Chef des kriegsministeriellen Informationsbureaus, war eine der kräftigsten, wo nicht die kräftigste Säule des verbrecherischen Kängels, der seit zwei Jahren den an Dreyfus verübten Justizmord mit den infamsten Mitteln aufrecht zu erhalten sucht. Eines dieser Mittel war die nun vom Verbrecher Henry eingestandene Fälschung vom November 1896, jenes „Dokument“, in welchem allein der Name des Dreyfus genannt wird und welches daher im ersten Prozeß Jola, wie in der famosen Kammerrede Cavaignac's am 7. Juli als der wichtigste Beweis für die Schuld des Dreyfus figurirte.

Man kann sich nun denken, wie das Geständnis Henry's und dessen Verhaftung auf die Öffentlichkeit gewirkt hat. Wie ich in meiner Depesche sagte, war die Fälschung der Eckstein des vom Generalstab aufgerichteten Lügengebäudes, unter welchem Dreyfus lebendig begraben bleiben sollte. Das Gebäude ist nun zusammengebrochen, unter seinen Trümmern nicht nur Henry, sondern auch die Spitzen des Generalstabes, die Generale de Boisdeffre und Pellieux begrabend, mit unauswählbarem Schmutz bedeckend. Das hängt so zusammen. Boisdeffre und Pellieux haben im Prozeß Jola vor dem Pariser Schwurgericht, unter dem Zeugeneid, die Echtheit des gefälschten Dokuments beschworen. Es galt ja damals, um jeden Preis die Verurteilung Jola's zu erzwingen, nachdem die vorherige Verhandlung die Richtigkeit des einzigen gesetzlichen Schuldbeweises gegen Dreyfus (des Vorderbureaus) erwiesen hat. Es giebt also nur zwei Möglichkeiten. Entweder sind die beiden Generale im guten Glauben von Henry getäuscht worden, oder aber sie haben sich — sagen wir: bereitwillig täuschen lassen. Ein drittes giebt es nicht. Will man aber ihren guten Glauben zugeben, so muß man sie notwendig für geistig unzurechnungsfähig erklären. Denn das „Dokument“ zeigt sich jedem Menschen mit gesundem Sinne auf den ersten Blick als eine unflüchtig plumpe Fälschung. Ich habe das feinerzeit in meinem Bericht über die Kammerrede Cavaignac's eingehend begründet. Es sei nur erinnert, daß der Fälscher den angeblichen Verfasser des Briefes, den deutschen oder den italienischen Militärattaché, ein französisch schreiben läßt, welches noch viel fehlerhafter ist als das Französisch des Regers Norton, des Uebersetters der verurteilten Fälschungen gegen Clemenceau und Rochefort. Dabei mußten die Boisdeffre und Pellieux aus dem entwendeten echten Briefwechsel der genannten Attachés genau wissen, daß diese durchaus korrekt französisch schreiben. . . .

Uebrigens wirft einiges Licht auf das Verhalten Pellieux' der Umstand, daß er so vorsichtig war, im Prozeß Jola das gefälschte Dokument nicht wörtlich bekanntzugeben. Den die Fälschung verrathenden Text erfährt man erst aus der Kammerrede Cavaignac's. Die „mildere“ Annahme des guten Glaubens nebst geistiger Unzurechnungsfähigkeit aus militärischem Fanatismus kann demnach nur für Cavaignac zutreffen.

Was den Kriegsminister betrifft, so hat er durch die Verhaftung Henry's einerseits unzweifelhaft seinen guten Glauben bewiesen, zugleich aber eigenhändig die Kammerrede, die ihm für einige Wochen diktatorische Triumphe eingebracht, ausgemerzt, in ihr Nichts zurückgewiesen. Er hat selber seinen Lorbeerkranz eines „Vaterlandsretters“ in eine Karrenlapse umgewandelt. . . . Von ihm hängt es nun ab, seinen Ruf einigermaßen wiederherzustellen, wenn er nämlich sich dazu aufzuraffen vermag, die logischen Konsequenzen aus der Entlarvung Henry's zu ziehen.

Es heißt da aber abwarten! Cavaignac hat bisher in der Dreyfus-Affäre eine so entscheidende geistige und moralische Beschränkung an den Tag gelegt, daß es nicht überraschen würde, wenn er auch jetzt noch die Gefahr zu lokalisten versuchte. Die nächsten Tage dürften bereits Klarheit bringen über das künftige Verhalten Cavaignac's bezw. der Regierung.

Die bisherige Rolle des Kriegsministers macht es der Generalstabs-Presse unmöglich, die Verleumdungen zu pariren. Ist es doch gerade diese Presse, die Cavaignac dem Kabinett Brisson förmlich aufgedrängt und dann ihn zum Vaterlandsdretter gestempelt hat. Desto betäubender ist der Schlag für das chauvinistische Geliichter. Vorläufig herrscht in der Generalstabs-Presse Schweigen auf der ganzen Linie. So viel ich sehe, sucht nur der „Clair“, das Organ des Renegaten Alphonse Humbert, des ehemaligen Kommandos, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, indem er Henry mit den brandmarkendsten Worten überschüttet, zugleich aber seine Vorgesehten als unschuldige Opfer des Fälschers rechtfertigt. Die Preisgabe Henry's durch den „Clair“ ist deshalb besonders pikant, weil Henry offenkundig in dieser Zeitung die Publika der Dreyfus-Affäre leitete. . . . Am ergöglichsten kümmert sich unter dem Keulenschlag Rochefort's Blatt, welches die offizielle Prehnote über die Verhaftung in kleinen Letzern in einem unsichtbaren Winkel versteckt, ohne ein Wort der Beurtheilung zu wagen.

Die unabhängige Presse triumphiert selbstverständlich über den ersten rühmlichen Schritt der Remeffe. Ob aber ihre Hoffnung auf eine baldige Revision des Dreyfus-Prozesses sich erfüllen wird, das muß vorläufig dahingestellt bleiben.

Von Interesse ist noch der Umstand, daß Genosse Jaurès gerade am letzten Sonnabend, drei Tage vor der Verhaftung Henry's, in der „Petite République“ in höchstvoller Weise die Fälschung allseitig nachgewiesen hat. Dieser Artikel, wie die früheren acht Artikel Jaurès über die Dreyfus-Affäre werden gewiß auch auf Cavaignac

ihren Eindruck nicht verfehlt haben. Am Schlusse jenes Artikels schrieb Jaurès:

„So beweist die im Oktober oder November 1896 verübte Fälschung, daß Esterhazy und seine Mitschuldigen vom Generalstabe schon damals die Wirkungen der entscheidenden Entdeckungen Picquart's . . . und zugleich die immer möglichen Enthüllungen der ausländischen Militärattachés befürchteten. . . . Aber in jenem Zeitpunkt (zwei Jahre nach dem Dreyfus-Prozeß!) konnte der Streich des Fälschers nicht mehr wirken. Es war zu spät, und so lehren sich die betrügerischen Kriese Esterhazy's und seiner Mitschuldigen gegen sie selber. . . .“

Drei Tage darauf wurden diese Worte zur That gemacht durch den bewährten Netter Esterhazy's, du Paty de Clam's und des ganzen Generalstabes.

Soweit unser Korrespondent. Seitdem er geschrieben, hat die Dreyfus-Affäre sich weiter entwickelt. Der Stein ist im Rollen, seine Nacht kann ihn aufhalten. Selbst die antisemitische Presse, die „Libre Parole“ des Abg. Drumont in Paris und die „Staatsb. Ztg.“ in Berlin fordern nun die Revision des Prozesses gegen den „Juden Dreyfus“. Wir lassen die heute eingetroffenen Nachrichten, die ohne jeden Kommentar eine überaus bereidete Sprache führen, folgen:

Wolf's Bureau meldet unter dem Datum vom 31. August heute: Oberst Henry entlebte sich heute Abend im Gefängnis, indem er sich mit einem Rasirmesser die Kehle durchschnitt. Der Schnitt war so heftig geführt worden, daß die linke Halsschlagader ganz durchgeschnitten und die rechte verletzt war. Generalstabschef Boisdeffre hat wegen der Henry-Affäre um seine Verabschiedung. Minister Cavaignac nahm die Demission auf wiederholtes Ersuchen Boisdeffre's an unter Anerkennung der Loyalität desselben.

General Boisdeffre schrieb folgenden Brief an den Kriegsminister: „Paris, 30. August. Herr Minister! Ich habe soeben den Beweis erhalten, daß mein Vertrauen in den Oberstleutnant Henry, den Chef des Nachrichtenendienstes, nicht berechtigt war. Dieses Vertrauen, welches ein unbegrenztes war, hat mich dahin geführt, mich täuschen zu lassen und ein Dokument für echt zu erklären, welches es nicht war, und Ihnen als solches vorzulegen. Unter diesen Umständen habe ich die Ehre, Herr Minister, Sie um Enthebung von meinem Amte zu ersuchen. Boisdeffre.“ Der Kriegsminister antwortete: „Paris, 31. August. Mein lieber General! Es erscheint mir notwendig, daß Sie selbst als Hauptperson bei der Unterdrückung der Handlungen, welche den von Ihnen in voller Loyalität begangenen Irrthum veranlaßten, fungiren und erst danach kann ich, wenn Sie auf Ihrem Verlangen beharren, dem mir vorgelegten Gesuche entsprechen. Genehmigen Sie die Versicherung meiner herzlichsten Gefinnung. Cavaignac.“ Boisdeffre sprach hierauf dem Minister seinen Dank dafür aus, daß er an seine Loyalität glaube, ersuchte ihn aber zugleich unter Versicherung seiner eifrigsten Wohlwollen, auf seiner Bitte beharren zu dürfen.

Dem „Soir“ zufolge sollen Brisson, Trouillot und Maréjouis im Ministerrathe energisch die Revision des Dreyfus-Prozesses und die sofortige Entlassung gewisser Generale gefordert haben; Cavaignac habe jedoch mit seiner Demission gedroht, falls diese Forderungen aufrecht erhalten würden.

Unter dem 1. September meldet Wolf's Bureau aus Paris: Mehrere Blätter greifen den Kriegsminister an, daß er keine Maßregeln getroffen habe, den Selbstmord des Oberstleutnants Henry zu verhüten. Es heißt, das Parlament werde vielleicht zu einer außerordentlichen Session einberufen werden. Man spricht bereits von einer großen parlamentarischen Untersuchungskommission. Präsident Faure, welcher gestern nach Havre zurückkehren wollte, verließ seine Abreise. — Blätter, welche bisher auf Seiten des Generalstabes standen, treten heute für die Revision des Dreyfus-Prozesses ein. — Die „Petite République“ kritisiert scharf die Demission des General Boisdeffre, welcher jetzt, wo er seinen begangenen Fehler eingestehen solle, die Flucht ergreife. Mirman wird mit Jaurès den Kriegsminister Cavaignac wegen der Aufsenzität der am 7. August von der Tribüne verlesenen Schriftstücke interpelliren. — Der Deputirte Breton des Departements Cher wird den Kriegsminister Cavaignac interpelliren wegen der Motive zur Verhaftung des Oberstleutnants Henry. — Der Polizeikommissar begab sich heute früh nach dem Mont Valérien, um den Selbstmord des Oberstleutnants Henry gerichtlich festzustellen. Er belegte das zur That gebrauchte Rasirmesser mit Beschlag. Um 7 Uhr war der Leichnam Henry's von Offizieren gefunden worden. Der Augenschein ergab, daß der Tod sofort eingetreten sein müsse.

Herold's Bureau berichtet aus Paris: Zum Nachfolger Boisdeffre's ist General Renouard, der gegenwärtige Leiter der Kriegsschule, ausersehen. — Ueber den Selbstmord des Obersten Henry werden folgende Einzelheiten bekannt: Nachdem Henry der Befehl des Kriegsministers zu seiner Verhaftung mitgetheilt worden war, blieb Henry wie versteinert stehen. Er ließ die Lippen zusammen und konnte nur einige Worte lassen, welche etwa lauteten: „Weßhalb verhaftet man mich, ich habe nichts gethan“. Auf dem Transport zur Festung sagte Henry zu dem ihn begleitenden Offizier kein Wort, er hatte auch nicht das Bewußtsein von Zeit und Ort. Er sagte: „Es ist 7 Uhr, meine Frau wartet auf mich, wohin führt man mich, ich habe nichts gethan“. Nachdem Henry auf den Gefängnißhof angekommen und in die für solche Fälle und solche Offiziere vorgesehene spezielle Wohnung gebracht worden war, hatte Henry noch nicht das Bewußtsein seiner Lage. Er sagte: „Was heißt das alles, das ist ja fürchterlich“. Bis gestern nachmittags um 3 Uhr blieb Henry allein. Um 9 1/2 Uhr kam ein Offizier des Kriegsministeriums, der bis um 4 Uhr bei Henry verblieb. Was sich zwischen beiden zugetragen hat, weiß man nicht. Der Abgesandte des Kriegsministeriums setzte dem Oberst den Ernst der Lage auseinander und forderte ihn auf, Erklärungen über die von ihm begangene That zu geben. Der Offizier sagte beim Verlassen der Festung: „Laßt den Oberst

eine Zeit lang allein, er hat Arbeit.“ Um 5 Uhr trat der wachhabende Offizier, der Henry eine Mittheilung zu machen hatte, in dessen Zelle, wo er den Oberst in einer großen Blutlache liegend vorfand. Er hatte sich, wie schon bekannt, mittels eines Rasirmessers die Kehle durchgeschnitten. Es wurden sofort höhere Offiziere sowie ein Arzt herbeigerufen, welsch' letzterer konstatierte, daß der Tod eine Viertelstunde vorher eingetreten war. Mehrere von Henry hinterlassene Briefe an Cavaignac, Boisdeffre und seine Frau wurden beschlagnahmt.

Die heutigen Morgenblätter, selbst die Dreyfus-feindlichen, geben zu, daß die Sache der Revision des Dreyfus-Prozesses große Fortschritte gemacht hat. „Echo de Paris“ fordert selbst förmlich die Revision des Prozesses. „Libre parole“ sagt, sie set nicht mehr gegen eine Revision. „Clair“ hält die Revision jetzt für unbedingt nötig. Jedermann glaubt, daß sie kommen wird. Man ist sehr gespannt auf die Nachrichten von Seiten des Justizministers. „Radical“ glaubt, Cavaignac habe mit großer Befriedigung die Nachricht vom Selbstmord Henry's vernommen, weil er ohne diesen Zwischenfall unbedingt zu einer sofortigen Revision des Dreyfus-Prozesses gezwungen gewesen wäre.

„Aurore“ zufolge wurde der Kriegsminister durch den Umstand veranlaßt, Henry verhaften zu lassen, daß mehrere Militär-Attachés drohten, bei dem französischen Gericht Klage zu erheben, weil angeblich von ihnen herrührende Schriftstücke gefälscht worden seien. Aus dem Kriegsministerium wird die Meldung dementirt, daß ein Generalstabsoffizier kurze Zeit vor dem Selbstmord Henry's mit ihm konferirt habe. Ueber die Verhandlungen des gestrigen Ministerraths ist nichts bekannt. Ein Minister theilte einem Freunde mit, man befürchte, daß die Henry-Angelegenheit noch weitere Verwickelungen nach sich ziehen werde. Präsident Faure ist heute nachmittags 1 1/2 Uhr nach Havre abgereist. Mehrere Blätter versichern, die Mehrzahl der Abgeordneten im Parlament beabsichtige, den Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung zu stellen, um hinsichtlich der letzten Tage im Parlament zu diskutieren. So weit die Nachrichten des Depeschensbureaus.

Eine völlige Umgestaltung des französischen Generalstabes steht bevor. General Gonse, der mit Boisdeffre, Pellieux und Henry die über Jola zu Gericht sitzenden Richter terrorisirte, soll nach Nizza versetzt werden. Welche Bedeutung der Selbstmord Henry's auf den Gang der Dinge nehmen wird, kann noch nicht übersehen werden. Sicher wäre es besser, er lebte und könnte reden. So mancher Verbrecher wird sich nun sicher fühlen, daß der Mund, der so viel erzählen konnte, nun für immer schweigt.

Unfassbar ist es jedenfalls, daß man einem Manne, der im Gefängnis steht, aus glänzender Stellung ins Juchhaus zu sinken, zwei auf's schärfste geschlossene Rasirmesser in die Einzelzelle giebt. Bei all dem Unfassbaren, das die Affäre Dreyfus gezeitigt, ist dies doch ein Umstand, der noch in Erstaunen setzen kann.

Die Friedensumgebung des Zaren

wurde von uns vom ersten Augenblicke an anders beurtheilt, als in der übrigen Presse, die parteigenössische mit eingeschlossen. Der überwiegende Theil der Parteipresse stellt sich nun auf unseren Standpunkt, nur bei einigen Blättern der Partei trübt die Freude über das für uns agitatorisch Verwendbare die Beurtheilung über Motive und Zweck der geplanten Friedenskonferenz. Aber auch sonst macht man sich unsere Beurtheilung des seltsamen Ereignisses zu eigen.

Ein, der „Post“ zufolge hervorragender Diplomat, welcher einer ausländischen Vorkchaft in Berlin gegenwärtig zugetheilt ist, hat dem dortigen Vertreter der „Danziger Neuesten Nachrichten“ in einer nahezu einständigen Unterredung seine Ansichten über die Zarenbotschaft mitgetheilt. Der Diplomat äußerte sich u. a. folgendermaßen:

„. . . Das Projekt richtet sich, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in erster Linie gegen England. Die öffentliche Meinung schien dort nachgerade einen derartigen Grad der Erbitterung angenommen zu haben, daß das englische Kabinett in Gefahr war und sich, allen neueren Anzeichen zufolge, zu einer That entschließen mußte. Diese That sollte, da man es bis zum letzten Moment vermeiden wollte, direkte Feindseligkeiten gegen Rußland zu eröffnen, sich gegen China richten, und zwar in Form eines Ultimatus, das der englische Gesandte in Peking überreichen sollte. In diesem Falle hätte Rußland, da es zu einem großen Entscheidungskriege noch nicht bereit ist, China nicht unterstützen können; es müßte also entweder riskiren, seine Vortheile in Nord-China, bei einer Niederlage des Reiches der Mitte, theilweise einzubüßen, oder aber England freiwillig Konzessionen zu machen. Da aber die russische Diplomatie keineswegs beabsichtigt, die britische Einflußsphäre im Yangtsekiang-Thale und die britischen Gebietsansprüche anzuerkennen, — weil Rußland dadurch seine zukünftige Ausdehnung in China völlig unterbinden würde — so greift man in Petersburg in diesem Dilemma zu dem einzigen Auswege, der momentan übrig blieb: man verländete die Absicht des Zaren, den Weltfrieden herzustellen, und suchte vorläufig damit Zeit zu gewinnen. Für Rußland, welches fürs erste keine Klüftungen und seinen Aufmarsch beendet hat, ist es ja sehr billig, jetzt für den Frieden und die Abrüstung einzutreten, zumal eine Kontrolle über ein parlamentarisches regiertes Land ungleich schwerer ist, als über solche Staaten, in welche die Regierungen bei allen Forderungen von den Volksvertretungen abhängig sind. In 11 Sprachen überseht ist der kaiserliche Erlaß in Millionen von Exemplaren in allen Ländern vertheilt worden, wo Rußler oder von Rußland abhängige Völkern wohnen, oder russische Interessen im Spiele sind, und mit andächtiger Begeisterung werden alle jene unaktivsten Völkersämme die Manifestationen des „Friedenszaren“ hören. Das ist vom moralischen Standpunkte aus ein abermaliger immenser Vortheil für das Prestige Rußlands. Der Wolf im Schafspelz verschafft sich auf diese Weise, ohne alle Unkosten, eine bedeutende Popularität auf der ganzen bewohnten Erde. In Wahrheit ist der ganze Vorschlag — über den das offizielle Frankreich vorher vertraulich informirt war, während die übrigen Mächte erst bei der

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. September.

Ein neues Bergungsglück wird aus dem Bezirke des selben Zechenbesitzer-Vereins gemeldet, der der Forderung der Heranziehung von Delegationen der Bergleute als Assistenten der Grubeninspektoren den ärgsten Widerstand entgegensetzt. In der Mittwochnacht arbeiteten auf der Zeche „Viktor“ bei Kattrop in Westfalen vier Bergleute im Schacht auf einer freischwebenden Bühne, als sich plötzlich der Anker vom Drahtseil löste, wodurch die Bühne umkippte. Drei Bergleute verschwanden sofort in der Tiefe, der vierte stürzte, da keine Hilfe zur Stelle war, ebenfalls hinab. Alle vier sind todt.

Bei einer ständigen, gewissenhaften Kontrolle müssen sich derartige Unglücksfälle vermeiden lassen. Das größte Interesse daran haben die Arbeiter selbst. Darin liegt die beste Begründung ihrer Forderung, sie an der Grubeninspektion mit bestimmendem Einflusse theilnehmen zu lassen. Werden die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Organ der schlesischen Bergwerksbesitzer, auch dieses Bergungsglück als einen Beweis für die angeblich ausreichende Fürsorge der Zecheninhaber reklamiren und wieder die Behauptung wagen, Delegationen der Bergleute als Inspektoren des Bergwerksbetriebes einzusetzen, sei nach keiner Richtung gerechtfertigt?

Gegen die Anstellung von Delegationen der Bergleute als Assistenten der Grubeninspektion führt sich die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verpflichtet, Stimmung zu machen. Das dem Reichskanzler nahestehende Blatt giebt folgende Mittheilung der „Rheinisch-Westfälischen Politischen Nachrichten“ — offenbar ein im Dienste der Zechenbesitzer stehendes Unternehmen — wieder, die folgendermaßen lautet:

Was es vielfach für Leute sind, von denen die Arbeiter sich ins Schlepptau nehmen lassen, das hat dieser Tage an einem recht niedlichen Konterfei des „Vergarbeitsführers“ Potorny das „Rhein-Westf. Tageblatt“ wieder einmal gezeigt. Dieser junge, noch nicht wahlberechtigte Mensch, der in dem verflochtenen Wahlkampfe eine sehr agitatorische Thätigkeit entfaltet hat, ist im ganzen vielleicht zwei Jahre Bergmann gewesen, nachdem er vorher als Bauernknecht gedient hat, spielt sich aber auf, als ob er vom Bergbau mehr kenne und verstehe als alle Vergarbeitsleute, Ober-Vergärter, Grubenverwaltungen und Vergarbeitsbeamte zusammengenommen, und alte, erfahrene, in harter Arbeit ergrante Bergleute laufen einem solchen Menschen nach und opfern ihm ihre sauer verdienten Groschen. Einen anderen sehr schätzenswerthen Beitrag zur Naturgeschichte dieser „Vergarbeitsführer“ lieferte unlängst in einer Verammlung des christlichen Gewerkevereins zu Altensiefen dessen Vorsitzender Brust selbst. Ein von ihm scharf mitgenommener Kletterer hatte ihm zu verstehen gegeben, daß es zweifellos bequemer sei, von den Arbeitergroßen zu leben, als in der Grube harte Arbeit zu verrichten. Darauf erklärte Brust, daß er für die lumpigen 150 M. Monatsgehalt überhaupt nicht länger mitthun wolle. „Wenn man mir nicht mehr giebt, preiße ich auf die Vergarbeitsleute.“ Das ist der Grad des Interesses, das diese Leute für das Wohlergehen des Arbeiters im Herzen tragen, und das sind die Leute, die zweifellos in Grubenkontrollen avanciren würden, wenn die Regierung auf die sozialdemokratischen Wünsche einginge. Wer glaubt, daß durch solche Leute für die Sicherheit des Grubenbetriebes etwas zu gewinnen sein würde, mag es ihm; wir glauben es nicht.

Mit der Person des im Dienste der Alerikalen stehenden Bergmanns Brust brauchen wir uns nicht zu befassen, denn daß dieser Mann, der derartig zu seinen Fachgenossen spricht, nicht zum Delegirten gewählt werden würde, versteht sich von selbst. Gegen den Bergmann Potorny hat das Organ der Zechenbesitzer selber weiter nichts einzuwenden, als daß er noch nicht wahlberechtigt und früher Bauernknecht, dann zwei Jahre Bergmann gewesen sei. Nun, wenn einen solchen jungen Mann alte, erfahrene, in harter Arbeit ergrante Bergleute „nachlaufen“, dann muß er den Bergbau gut kennen, sonst wäre es ausgeschlossen, daß die alten Bergleute zu ihm Vertrauen in technischen Dingen hätten. Dieser neueste Versuch, die dringlichste Forderung der Bergleute als unzumuthbar hinzustellen, ist noch kläglicher als die übrigen, was gewiß etwas sagen will.

Kurz und gut: wenn die Regierung diese selbstverständliche Forderung nicht endlich und nicht bald ernsthaft bewilligt, so hat sie die Verantwortung für jedes neue Grubenunglück zu tragen. —

Spanien und Amerika. Wie der Madrider „Imparcial“ meldet, werden die Minister des Aeußeren und der öffentlichen Arbeiten, welche damit beauftragt worden sind, einen einseitigen Entwurf aufzulegen, durch welchen die Ermächtigung der Cortes zu den Friedens-Verhandlungen nachgesucht wird, ihre Arbeit heute Abend dem Kabinete zur Genehmigung vorlegen.

Der Führer der konservativen Dissidenten Silvela ist in Madrid eingetroffen und hatte eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Sagasta. Er hält seine Weigerung, seiner Partei zu gestatten, daß sie an der in Paris zusammentretenden Kommission theilnehme, aufrecht.

Ueber die Unterdrückung der Karlistenbewegung meldet die „Madrider Zeitung“ aus Madrid: Bisher wurden 200 Karlisten verhaftet. Die Regierung beschlagnahmte ein karlistisches Waffenlager in Biscaya.

Der Dampfer „Isa de Panay“ ist mit 1700 von den Antillen Heimgekehrten in Corinna eingetroffen. Unter ihnen befinden sich 130 Offiziere. Während der Ueberfahrt kamen 17 Todesfälle vor.

Die Generale Pando, Salcedo, Orma und Figuerra kehren von Kuba nach Spanien zurück.

Wie dem New-Yorker „Sun“ aus Manila gemeldet wird, soll Aguinaldo an die fremden Mächte eine Proklamation gerichtet haben, in welcher er sie um die Anerkennung der Unabhängigkeit einer Republik der Philippinen ersucht. —

Deutsches Reich.

Noch eine neue Deutschnote? Der „Germania“ zufolge soll aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der preussischen Flotte dem Vernehmen nach auf kaiserlichen Befehl für die Reserveflotte und ehemaligen Angehörigen der kaiserlichen Marine eine silberne Gedenkmünze zur Vertheilung gelangen. Die Nachricht klingt sehr unwahrscheinlich, bemerkt dazu die „Freisinnige Zeitung“. Warum unwahrscheinlich? —

Der neue Zolltarif. Die „Verl. Kol. Nachr.“ schreiben: Wie wir hören, ist der neue Zolltarif, dessen Ausarbeitung seinerzeit Graf v. Posadowsky als Staatssekretär des Reichsschatzmeisters im Reichstage als ein dringendes Erforderniß für den Abschluß neuer Handelsverträge bezeichnet hat, nunmehr in der genannten Behörde fertiggestellt und wird den betheiligten Ressorts zur Aeußerung zugehen. Die Eintheilung wird, wie schon vor mehreren Jahren vom Grafen v. Posadowsky hervorgehoben ist, eine wesentlich spezialisirtere sein und insbesondere den Fortschritten der Technik und Chemie, welche seit der letzten Fassung des Zolltarifs zahlreiche neue Waaren und Produkte hergestellt haben, Rechnung tragen. Der neue Zolltarif wird voraussichtlich auch nach seiner Systematik dezent

eingerichtet sein, daß nicht nur jede Waarengattung leicht aufzufinden ist, sondern daß auch eine so umfangreiche Ergänzung, wie sie zur Zeit durch das Amtliche Waarenverzeichnis in Form einer Insinuation an die nachgeordneten Ausführungsbehörden stattfindet, nicht mehr notwendig sein wird. —

Aus Waldenburg wird uns geschrieben: Da das Baras'sche Waarenhaus aus Breslau hier eine Filiale errichten will, plant der hiesige Magistrat den Erlaß einer kommunal-Steuerordnung für große Bazargeschäfte, weil dies als das einzige Mittel bei der bekannten Konferenz von dem Minister von Mühlerr empfohlen wurde. Unsere Stadt würde, wenn Baras seinen Plan ausführt, zwei Waarenhäuser besitzen, da wir schon ein hiesiges Pleß'sches Waarenhaus haben, welches nur an dessen Beamte und Arbeiter verlaufen darf. —

Aus Elb-Lothringen, 31. August. (Eig. Ber.) Die Aufnahme, welche das Friedensmanifest des Zaren in der Presse und in der öffentlichen Meinung Elb-Lothringens gefunden hat, zeigt von neuem, wie sehr alle diejenigen im Unrecht sind, welche aus dem angeblichen Vorhandensein von deutsch-feindlichen Strömungen in der eingeborenen Bevölkerung der Reichslande und deren Hineinziehen zu Frankreich einen Grund für die Aufrechterhaltung der Diktatur und der staatsrechtlichen und gesetzlichen Ausnahmestellung des Landes herleiten zu müssen glauben. Denn wenn irgend einmal, so wäre anlässlich der Besprechung des russischen Abrüstungsvorschlages für die Verhinderung des eingeborenen Geschäftsbetriebes Veranlassung vorhanden gewesen, die ihnen unterstellte Gegnerschaft gegen die Aufrechterhaltung des durch den Frankfurter Frieden geschaffenen staatsrechtlichen Zustandes zum Ausdruck zu bringen, wenn sie dies, mit Rücksicht auf ihre Existenz, auch nur in versteckter Weise gethan hätten. Von alledem war jedoch bisher in der Presse des Landes nicht das geringste zu bemerken. Die Aeußerungen derselben sind vielmehr durchweg von dem Wunsche nach einem dauernden Frieden auf der Grundlage des status quo diktiert, und die Revanchegedanken gewisser Kreise Frankreichs begegnen dabei zum theil einer recht wohlwollenden Beurtheilung. Das „Eisässer Journal“ in Colmar schreibt:

„... Die Anregung Nikolaus II. wird mit lebhafter Gemüthsregung als der Vorbote der Befreiung von einem Alp begrüßt werden, der von der ganzen zivilisirten Welt empfunken wird. Leider wird in der inneren Verfassung derselben sogenannten zivilisirten Welt selbst die theilweise Ausrüstung und Aufrechterhaltung des allgemeinen Weltfriedens noch lange in dem Bereiche der Utopien verbleiben.“

Der in Stralburg erscheinende „Eisässer“, das führende Organ des reichsständischen Liberalismus, sagt:

„Man kann sich angesichts dieses großartigen Gedankens gar nicht vorstellen, daß die Staaten so tief in die moderne Barbarei von Blut und Eisen versunken sein sollten, um dem Bortrage des Zaren nicht Folge zu leisten. Nun, wir werden ja sehen! ... Es läßt sich nicht bestreiten, daß der russische Kaiser mit seinem Abrüstungsvorschlag der nation amis et alliés einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat. Denn entweder geht Frankreich auf diesen Vorschlag ein, dann verzichtet es, wie wir bereits angedeutet, endgiltig auf Elb-Lothringen. Geht es nicht ein, dann wird es allerwärts als ein Element des Unfriedens und der Zwietracht verschrien werden. ... Die Hoffnung, daß der russische Freund den Franzosen zur Wiedereroberung Elb-Lothringens wechselfen, daß er ihnen beistehen würde, die verlorene Stellung in Europa wieder zu gewinnen, säuberte ihnen wie ein trügerisches Spiegelbild vor. Und nun wird ihnen die grausame Ueberraskung zu theil, daß der Verbündete, auf dessen Schwert sie vertrauten, die allgemeine Abrüstung beschwört, den Frieden unter Zugrundelegung des status quo befestigen will!“

Die liberal-demokratische „Strab. Bürgerzeitung“ endlich äußert sich dahin:

„... Ein besonderes Interesse hat das Manifest Nikolaus II. für Elb-Lothringen. Die Reichslande sind der europäische Bittervinkel. Die europäischen Krieger sind nicht zuletzt eine Folge des Frankfurter Friedens. ... Die französisch-russische Freundschaft besteht, aber das Manifest des Zaren läßt nicht den leisesten Zweifel darüber zu, daß dies Bündniß der Revanchehoffnung leinerelei Hoffnung verleiht. Russland will ein Friedens-, kein Kriegsbündniß. Das Manifest des Zaren wird auch dem bornierten Chauvin darüber die Augen öffnen, daß die Gestalt, welche der Frankfurter Frieden der Karte von Mitteleuropa gegeben, eine dauernde ist und daß Russland nicht dazu zu haben ist, Frankreich auf dem Wege der Gewalt zu Elb-Lothringen zu verhelfen.“

Einer gewissen freisinnigen Presse der Reichshauptstadt, die nicht müde wird, den geschehenen Stand der eingeborenen Bevölkerung Elb-Lothringens zu verdächtigen, empfehlen wir diese Pressstimmen zum eingehenden Studium. —

Oesterreich.

Die Einberufung des Reichsraths erfolgt zum 26. September. Niederlande.

Amsterdam, 30. August. (Eig. Ber.) Der Regierungsantritt Wilhelm's von Oranien-Nassau wird es nicht unangebracht erscheinen lassen, einen Blick auf die politische und soziale Lage des kleinen Landes zu werfen. Der Regierungsantritt selbst ist von keiner besonderen Wichtigkeit. Genosse Troelstra hat schon vor einigen Monaten in der Zweiten Kammer die unwiderprochene Aeußerung ausgesprochen, daß ein Personenwechsel auf dem Throne Hollands weit weniger bedeutet als ein Wechsel des Ministeriums. Und in der That hat der konservative Staatsmann Van Houten in seinen tabularen Tagen nur die nackte Wahrheit geäußert, als er sagte, daß die Krone in Holland nur ein Ornament ist. Seit 1848 regiert verfassungsmäßig nicht mehr der König, sondern die Wählerschaft. Unter dem Drange der nach politischem Einflusse strebenden Bourgeoisie erklärte damals der König Wilhelm II. den Gesandten der Großmächte, daß er in vierundzwanzig Stunden von streng konservativen zu gut liberalen Anschauungen umgeschaltet habe. Seitdem trat an die Stelle des absolutistischen Königthums nicht nominell, sondern thatsächlich eine republikanische Monarchie.

Die Ironie des Schicksals wollte es, daß gerade jetzt bei der Thronbesteigung der achtzigjährigen Königin und dem damit verknüpften Hauch von Byzantinismus die echten Erben der anti-monarchischen Liberalen von 1848 am Nader waren. Das fortschrittliche Ministerium Pierson-Vorgerius, von dem mehr als ein Mitglied in seiner noch nicht hoheliebigen Zeit sich auf despektirlichste über das Königthum äußerte, ist jetzt gezwungen, alle die schwalligen Redewendungen dieser Tage in Staatschriften und öffentlichen Ansprachen mitzumachen und über sich ergehen zu lassen. Diese Sachlage entbehrt nicht der Komik. Im übrigen ist die politische und soziale Lage keineswegs derart, daß der Augenblick gerade recht geeignet erscheinem kann, dem Volke die heilsame Wirkung des Königthums darzutun.

Der unheilvolle Aisch-Strieg, mit seinen riesigen Opfern an Geld und Menschenleben, hat eben in diesem Jahre sein fünfzigjähriges Jubiläum gefeiert. Die mit vielem Harn angefüllte Expedition nach dem Peder-Thal, welche nach der schnarrenden Voranschauung des Vorkriegsherrn Van Heutz ganz Aisch parifizirt zu den Hüfen der jungen Königin mederwerfen sollte, hat vorläufig garnichts bezweckt, als daß sie den Guerillakrieg im ganzen Lande entzündet hat und jetzt nicht nur ganz Aisch und Peder, sondern auch Ebi, Verlat u. s. w. wieder in Aufruhr gerathen sind. Und zum Ueberdruß ist eben jetzt im Parlamente von der sozialdemokratischen Abgeordneten darauf hingewiesen worden, daß der ganze endlose Krieg nur im Gange gehalten wird zur Sicherung der Dividenden der Plantagen- und Vergewaltigungsgesellschaften Sumatra's, an denen der jetzige Kolonialminister Cremer als einer der reichsten Aktionäre stark interessiert ist.

Das gegenwärtige Kabinete, das sich als die langersehnte Regierung der Sozialen Gerechtigkeiten einführt, hat gerade in diesen Tagen das Unglück gehabt, daß seine Unfähigkeit auf diesem Gebiete hell an das Licht trat. Eine Staatkommission, welche den Auftrag hatte, zu untersuchen, ob und wie eine ausreichende Versorgung der

offiziellen Publikation durch ihre Petersburger Vorkläfter davon Kenntniss ertheilten — an fast allen Regierungsstellen völlig eindrucklos geblieben, und zwar nicht bloß deswegen, weil man die Unmöglichkeit, ihn zu realisiren, sofort erkannt hat, sondern weil man auch überall genau darüber orientirt ist, daß die Petersburger Diplomatie selbst an eine wirkliche und dauernde Abrüstung niemals gedacht hat. Sie hat ja allerdings auch niemals erwartet, daß Frankreich, England oder Deutschland sich aufs Glatteln führen lassen und auch nur einen Mann oder auch nur eine Kanone in ihren Budgets streichen, oder von nothwendig werdenden Wehrforderungen für Meer und Marine absehen würden. Aber bei der sogenannten öffentlichen Meinung, das heißt bei der breiten Masse, der man in erster Linie Sand in die Augen streuen wollte, scheint die Absicht gelungen zu sein: Rußland, die einzige aggressive und den Frieden der Welt bedrohende Macht, steht, von der Gloriole der Friedensliebe umflossen, erhaben über allen anderen Nationen, angestimmt und bewundert von gläubigen Kanngießereien als „Vertreter der Friedensliebe“. Welchingt es Rußland auch nicht, den Tag der großen Abrechnung mit England bis zu dem Augenblicke hinauszuschieben, in welchem die russischen Bahnanlagen in Asien beendet sind, um russische Heeresmassen in alle jene Gebiete zu ergießen, welche von der Seeseite her unheimlich sind, so hat es doch wenigstens den Segner von vornherein ins Unrecht geführt, der Krieg wird ihm formell „aufgehoben“ und das Petersburger Kabinete hat, indem es rechtzeitig die „russische Friedensliebe“ gegenüber dem „englischen Kriegsdurst“ erheuchelte, die Sympathien der großen Masse auf die russische Seite gelenkt. Wenn also die ganze Demonstration im übrigen, wie vorauszu sehen, völlig wirkungslos verpuffen wird, so hat die Zarenboischaft doch ihr Hauptziel ohne alle Frage erreicht.“

Den selben Gedanken deutet das Hauptorgan der englischen Konservativen, der Salisbury nahe stehende „Standard“ an, wenn er ausführt:

Ein Kritiker, welcher der alten Schule angehört und von der russischen Doppelzüngigkeit überzeugt ist, könnte darauf hinweisen, daß die Regierung von Petersburg auch noch ein anderes Ziel erreichen möchte. Wenn Großbritannien die Konferenz beschickt, so erlaubt es Rußland reichlich Zeit, sich für den nächsten Schritt in China vorzubereiten und seine altüberbrachte Politik zu befolgen — reculer à mieux sauter (sich zurückziehen, um nachher besser zu springen). Verschiden wir die Konferenz nicht, so wird uns die Verantwortlichkeit, einen Konflikt provozirt zu haben, zugesoben.“

Der „Stalie“ zufolge hätten die Dreibundmächte beschlossen, auf den Vorschlag des Zaren zu erwidern, daß sie die Idee der Abrüstung rückhaltlos annehmen.

Wir haben früher schon ausgeführt, daß die Dreibundstaaten trotz aller sehr ernsthaft geforderten Pläne, ihre Heere und Flotten zu vermehren, diese Zustimmung geben können. Wissen sie doch, daß wegen des sicheren Widerstandes Frankreichs die Konferenz ergebnislos sein muß und so sie als die Friedliebenden, Frankreich, also die Republik, als der Kriegsfanatiker vor der Welt dastehen wird.

Der „Köln. Jtg.“ wird aus London gemeldet:

Von angeblich gut unterrichteter Seite werden heute die Besprechungen Lord Balfours mit dem Grafen Hayfeld mit dem Wunsche des deutschen Kaisers in Verbindung gebracht, aber die englische Aufnahme des russischen Vorschlags unterrichtet zu sein. Die Antwort Lord Balfours sei zurückhaltend, aber doch hinlänglich bestimmt in bezug auf die Nothwendigkeit gewesen, daß vor der Annahme einer internationalen Konferenz ihre Zwecke und Begründung der Zustimmung der Mächte unterbreitet würden. Wenn vom englischen Auswärtigen Amt eine günstige Antwort erwartet werde, müsse die Gewährleistung gegeben werden, daß keine der Fragen, die jetzt zwischen den Mächten strittig seien, der Entscheidung des Friedenskongresses unterbreitet würden.

Der „Köln. Jtg.“ wird aus Berlin gemeldet:

Zu einer Mittheilung der „Agence Havas“, daß die deutsche Presse auf Grund französischer Aeußerungen die Vorstellung zu erwecken suche, als ob Frankreich allein und im besonderen Gegenstand zu Deutschland dem russischen Vorschlag widerstrebe: das französische Regierungsdementi erwidert sich nicht nur auf die im „Temps“ enthaltene kleine Bosheit gegen Rußland, sondern auch auf die staatsrechtlich gar nicht zu diskutirenden Vorbedingungen, von deren Annahme ein Eingehen Frankreichs auf die russischen Wünsche abhängig gemacht wurde. Man löwe von dieser Stellungnahme der französischen Regierung im Gegenstand zu den früheren Aeußerungen der französischen Presse nur mit Genugthuung Kenntnis nehmen. Die Abhaltung des Kongresses, die zuerst durch Frankreichs Haltung gefährdet erschien, scheint jetzt an guter Aussicht gewonnen zu haben.

Die „Magdeb. Jtg.“ berichtet dagegen aus Paris:

Nach Aeußerungen amtlicher Kreise wird Frankreich jede Abrüstung ablehnen, so lange die elsaß-lothringische „Frage“ nicht im französischen Sinne geregelt ist. Wie wenig Frankreich an Abrüstung denkt, beweist die neue Kreditforderung von 200 Millionen für Heeres- und Marinezwecke, die Cavagnac und Lockroy erheben! —

Es liegen ferner folgende Nachrichten vor, u. a. aus London:

„Morning Post“ erfährt über Berlin, der Zar werde zu Frieden sein, wenn es der von ihm vorgeschlagenen Konferenz gelingt, einen modus vivendi zwischen den streitenden Parteien im nahen und fernem Osten zu erzielen. Er hoffe, daß sich dieses Ergebniß in den Unterhandlungen entwickeln wird und daß diese schließlich zu einer allgemeinen Bewegung in der Richtung der Abrüstung führen werden. Der Zar wolle erst die Kriegursachen beseitigen und dann die Kriegswertzeuge einschränken.

„Daily News“ behaupten, daß zwischen Deutschland und England Unterhandlungen schwebten behufs Erzielung einer Verständigung darüber, den Beitritt zur Friedenskonferenz von der Bedingung abhängig zu machen, daß deren Entscheidung keine Fragen unterbreitet werden, die gegenwärtig einen Streitgegenstand zwischen den Mächten bilden.

Aus Petersburg meldet die „Magdeb. Zeitung“:

Die russische Regierung schlägt als Zeitpunkt für den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz einen Monat nach dem Abschluß des spanisch-amerikanischen Friedens vor.

Gleichfalls aus Petersburg meldet dagegen das „Bureau Gerold“:

Die vom Zaren angeregte Friedenskonferenz wird, wie in hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, Anfang März nächsten Jahres in Kopenhagen zusammentreten, falls der Meinungsaustrausch über die Vortragen zwischen den Mächten ein günstiges Resultat liefert.

Darüber kann Jahr und Tag vergehen.

Wie in London verlautet, soll Kaiser Nikolaus mit seinem Vorschlage einer für Jerusalem vorbereiteten Rede Kaiser Wilhelm II. zuvorgekommen sein. Der deutsche Kaiser soll beabsichtigt haben, bei Gelegenheit der Einweihung der Erdbühnen zu Jerusalem eine große Rede zu halten, welche dem Gedanken eines großen europäischen Friedensbundes und einer damit verknüpften Verpflichtung aller Nationen, auf dem gegenwärtigen status quo stehen zu bleiben, Ausdruck geben sollte.

Wir sind nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Meldung zu prüfen.

Allen und inwollen Arbeiter möglich wäre, hat, nachdem sie mit einer Festmähigkeit ihre Arbeit beendet hatte, gerade vor zwei Wochen mitgeteilt, daß sie wohl die Einführung einer Zwangsversicherung für wünschenswert halte, von der Einführung aber dennoch abstehe wegen des jährlichen staatlichen Zuschusses, mit welchem für ältere Arbeiter die Zwangsbeiträge von Unternehmern und Arbeitern ergänzt werden müßten.

Jedenfalls wird durch diese Geschehnisse handgreiflich dargelegt, daß die heutige fortschrittlich-demokratische Regierung sich den Arbeiterwünschen schroff feindselig gegenüber stellt. Neben dieser keineswegs erfreulichen inneren Lage zeigt sich eine Machtlosigkeit und Anechtlichkeit nach außen, welche die Versumpfung der einst so mächtigen und trotigen Republik der Vereinigten Provinzen des siebzehnten Jahrhunderts kennzeichnet. Hat es doch unlangst geschehen können, daß der Pariser Korrespondent eines Amsterdamer Blattes wegen seiner Berichte über die Drehfuß-Sache durch die französische Polizei brutalisiert und mit Ausweisung bedroht wurde, ohne daß ein Protest von der holländischen Diplomatie laut wurde.

Wenn nun, obgleich wie aus dem Gefagten hervorgeht, für nationale Festlichkeiten wenig Anlaß besteht, ein gewisser, wenn auch nicht tiefgehender Enthusiasmus für die junge Königin besteht, so hat das keine besonderen Ursachen. Es ist eine Art Rückwirkung der Erwartungen an das ständische private und nicht einwandfreie öffentliche Leben König Wilhelm III. und hinzu kommt der Umstand, daß ein junges und schönes Mädchen den Thron bestiegt, für das in romantisch angelegten Köpfen eine gewisse Sympathie für „die schwache Trägerin einer schweren Aufgabe“ zu merken ist.

Sehr begreiflich ist es, daß die holländische Sozialdemokratie, welche gerade in diesen Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, sich ferngehalten hat von allem Enthusiasmus.

Rußland.

Petersburg, 1. September. In dem kaiserlichen Schreiben an den General Gobrecht, durch welches diesem seine Ernennung zum Generalgouverneur von Finnland mitgeteilt wird, heißt es:

Ihre Erfahrung und vielseitige Begabung hochschätzend, erkor ich Sie gegenwärtig zum finländischen Generalgouverneur und zum Kommandierenden der Truppen des finländischen Militärbezirks. Indem ich den Wohlstand und das Gelingen dieses meines Herzen nahestehenden Gebietes Ihrer unmittelbaren Fürsorge anvertraue, bin ich überzeugt, daß Sie bei unentwegter Befolgung meiner Fingerringe und bei Erfüllung Ihrer neuen Obliegenheiten als höchster Vertreter der Staatsgewalt in diesem Gebiete dieselben sein werden von dem Bestreben, in dem Bewußtsein der Bevölkerung in folgerechter Weise das für das Wohl Finnlands wichtige Moment Wurzel fassen zu lassen, daß Finnland mit dem für alle treuen Unterthanen gemeinsamen Vaterlande aufs engste vereinigt werde.

In Finnland, das bloß durch eine Personalunion mit Rußland verbunden ist und eine landnährige Verfassung und eine freiere Verwaltung und liberalere Gesetzgebung als Rußland hat, wacht die Bevölkerung ängstlich auf ihre staatliche Selbstständigkeit. Das Schreiben des Zaren wird deshalb tiefe Mißstimmung in Finnland hervorrufen.

Türkei.

Saloniki, 1. Sept. Die aufständische Bewegung im Bezirk Verana nimmt wieder bedenkliche Dimensionen an, weshalb die Pforte Truppenverstärkungen anordnete.

Ägypten.

Hongkong, 30. August. Zum Aufbruch in Sädchina. Rücktritt des Vizekönigs von Kanton. Nachrichten von Kanton zufolge sollen die „Schwarzen Flaggen“ sich in großer Anzahl 50 englische Meilen nordwestlich von Kanton befinden und beabsichtigen, die Stadt anzugreifen. Verlässliche Nachrichten sind schwer zu erhalten, aber die allgemeine Ansicht ist, daß die chinesische Rebellen wieder in der Ausdehnung begriffen ist und zwar unter den Auspizien der Gesellschaften „Trib“ und „Weiße Lilie“, welche sich zu diesem Zwecke verschmolzen haben. Der Führer der Rebellen hat eine Proklamation veröffentlicht, worin er sagt, der Allmächtige habe ihn dazu ausersehen, die Barbaren, deren Grausamkeit, Tyrannet, Gottlosigkeit und Ausschreitungen den Born der Götter erregt hätten, aus dem Lande zu treiben.

Der Vizekönig von Kanton hat seinen Posten niedergelegt, weil die Regierung seinen Protest gegen die Erwerbung der Kwangtschau-Vai seitens Frankreichs unbeachtet gelassen hat. Der Vizekönig verurteilte bisher, Truppen zur Unterdrückung der Rebellion und zum Schutze der amerikanischen Missionen nach Hainan zu senden. Der amerikanische Konsul in Kanton hat den interimsistischen Vizekönig aufgefordert, sofort energische Maßregeln zu treffen.

Afrika.

Tanger, 1. September. Große Unruhe herrscht unter der maurischen Bevölkerung, weil keine Nachrichten bezüglich der Gesundheit des Sultans gegeben werden. Man glaubt, die Regierung unterdrücke die betreffenden Nachrichten.

Amerika.

Die Situation in Brasilien ist kritisch; die Gährung in mehreren Provinzen ruft höchstens Besorgnisse hervor.

Zum Stuttgarter Parteitage.

Man schreibt uns: Die Ankündigung des Schippel'schen Referats über die deutsche Zoll- und Handelspolitik hat die bürgerliche Presse zu Erörterungen über unsere Stellung zum Schutzoll und zum Freihandel veranlaßt, wobei Äußerungen Schippel's und Calwer's das sachliche Moment bilden. In dem alten Gothaer Parteiprogramm war über die Frage Schutzoll oder Freihandel? nichts gesagt. Unter Punkt 2 der Forderungen, die an die heutige Gesellschaft gerichtet waren, hieß es nur:

Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.

1890 beschloß der Parteitag in Halle die Revision dieses Programms. Im Referat Liebknecht's ist über die Unzulänglichkeiten des alten Programms der Mangel einer Bestimmung über die Frage des Schutzolls oder des Freihandels nicht erwähnt. Man hat damals also das Fehlen einer Bestimmung darüber nicht bemerkt.

Der Entwurf des neuen Programms, den der Parteivorstand dem Erfurter Parteitage vorlegte, enthält dagegen unter den Forderungen, für die die Sozialdemokratie gegenwärtig einzutreten habe, folgenden 10. Punkt:

„Stufenweise steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftsteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.“

Die von Kuerbach-Kampfmeyer-Luz, Stern, Landé, v. Volkmar und der Redaktion der „Neuen Zeit“ eingereichten Programm-Vorschläge enthaltenen wörtlich dasselbe.

Wie so kam man auf einmal dazu, diese Bestimmung über die Zölle in das Programm aufzunehmen, da doch die Schutzoll-Politik schon seit 1870, also seit mehr als einem Jahrzehnt bestand? Den Anlaß gaben wohl die Getreidezölle. In der Zeit zwischen den Parteitagen von Halle und Erfurt wurde — so heißt es im Bericht des Parteivorstandes — von diesem

eine allgemeine Agitation gegen die Kornzölle aus Anlaß der kolossal gestiegenen Getreidepreise und der Mißernte in Anregung gebracht. Diefelbe wurde von den Parteigenossen allerwärts mit großer Energie betrieben und in hundert von Versammlungen und Protesten gegen die künstliche Vertheuerung der noth-

wendigsten Lebensmittel zu Gunsten und Vortheil von ein paar tausend Großgrundbesitzern und einiger Kornpächern erhoben.“

Da auf dem Parteitag eine Interpretation gerade der Stelle des 10. Punktes:

„Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern“ nicht gegeben, im Referat des Berichterstatters Liebknecht diese Abänderung überhaupt mit keinem Wort erwähnt wurde, so fehlt jede protokollarische Auskunft darüber, wie der Parteitag diesen Punkt verstanden wissen wollte, nämlich ob er die Aufhebung aller Zölle schlechthin verlangte, oder ob sich die Forderung nur auf die Zölle und sonstigen Maßnahmen erstrecken sollte, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.“

Es ist aber nicht zweifelhaft, daß der einschränkende Schlußsatz sich nicht nur auf die „sonstigen Maßnahmen“, sondern auch auf die Zölle bezieht, denn sonst wäre die Tragweite der Abänderung so groß gewesen, daß sowohl der Referent Liebknecht wie die „Neue Zeit“, die den Entwurf des Parteivorstandes in vier langen Artikeln eingehend erörtert hatte, bei der Besprechung des Punktes 10 etwas über diese weitgehende Abänderung des alten Programms hätte fallen lassen. Aber auch die „Neue Zeit“ widmet bei der Besprechung des Punktes 10 der Abschaffung der Zölle und überhaupt dem ganzen Schlußsatz nicht ein einziges Wort.

Dieses allgemeine Schweigen läßt sich nur daraus erklären, daß jedermann die Abänderung für selbstverständlich hielt. Selbstverständlich war aber auch im Jahre 1891 nur die Abschaffung der Zölle, die „die Interessen der Allgemeinheit einer bevorzugten Minderheit opfern“, und das waren in erster Linie die Getreidezölle.

Auf dem Kongreß zu Witten im Jahre 1880 war zum Programm beantragt worden: „Betreffs der Frage Schutzoll oder Freihandel schließen wir uns völlig der Resolution an, welche seinerzeit vom Gothaer Parteitag mit Einstimmigkeit angenommen wurde, daß nämlich diese Frage eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie sei.“ Der Kongreß ging über diesen Antrag zur Tagesordnung über, nachdem unter anderem ausgeführt worden war, daß derselbe in Grunde nichts anderes besage als die Resolution, die der Gothaer Parteitag im Jahre 1878 beschloß.

Diese Resolution des Gothaer Kongresses war von Roß gestellt und lautete:

Der Kongreß erklärt, daß die Sozialisten Deutschlands dem innerhalb der bestehenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzoll und Freihandel fremd gegenüberstehen; daß die Frage, ob Schutzoll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Noth der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen wurzelt; daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastration aus dem Feuer zu holen.

Diese Resolution wurde vom Kongreß zustimmend angenommen. Sie betrachtet also die Frage Schutzoll oder Freihandel als keine prinzipielle, sondern als eine solche, die von Fall zu Fall entschieden werden müsse.

Nach Schoenlant's Erläuterungen zum Erfurter Programm, die im Auftrage des Parteivorstandes geschrieben sind, könnte es ja scheinen, als ob es wirklich Wille des Erfurter Parteitages gewesen wäre, im Gegensatz zu seinen Vorgängern sich für den Freihandel auszusprechen. Schoenlant sagt dort:

„Ueber das Wesen der indirekten Steuern, der Verbrauchsabgaben, der Schutzölle sich des weiteren auszulassen, ist heute überflüssig. Die Wirkungen der indirekten Besteuerung und der auf die nothwendigen Lebensmittel gelegten Schutzölle, wie der gesammten Schutzöllenerlei überhaupt, hat Deutschland so ausgiebig kennen gelernt, die Miswirthschaft ist eine so unerträgliche geworden, daß es genügt, die Hauptgesichtspunkte kurz anzudeuten. Seit 1870, dem Anfangsjahre des verhängnisvollen „wirtschaftlichen Aufschwungs“, ist die Ausproberung der Massen vermittelst der Steuerpolitik auf eine noch nie dagewesene Höhe gebracht worden. Der Großgrundbesitz, Junker und Junkerengenossen, die großgewerblichen Unternehmer, Baumwollspinnere und Eisenwerke haben ihre Deutungen gegen die große Masse in ungezügelter Lust ausgießen, Millionen über Millionen aufgeschoben, den Lebensmaßstab der arbeitenden Klasse tiefer und immer tiefer herabdrücken können. Brot, Fleisch, Holz, Braunkohle, die ganze Reihe der für den kleinen Mann unbedingt nothwendigen Lebensbedürfnisse ist zum Gegenstand der schamlosesten Gewinnmacherei gemacht, der schlechteste Rohstoff, welcher ab und an, wie 1891/92, als offenbarste Theuerung zu Tage trat, ist eine Lebensbedingung der Nothwendigkeit geworden.“

Soweit Schoenlant. Eine verbindliche Interpretation kann aber nur der Parteitag selbst geben.

Seit der letzten Wahl hat sich nun die Sachlage für unsere Partei insofern verändert, als sie jetzt durch die weit größere Zahl ihrer Vertreter im Reichstage in der Volkspolitik einen nach dieser oder jener Richtung hin ausschlaggebenden Einfluß ausüben vermag und auch ausüben wird müssen, weil im Ausland ebenfalls die Hochschutzzollpolitik herrscht. Wichtige Industriezweige unseres Heimatlandes, so z. B. die Textilindustrie, die Handschuhmacherei, die Albumfabrikation, leiden außerordentlich unter den Abwehrmaßnahmen der anderen Länder. Diesen Zustand lediglich als eine Angelegenheit zu betrachten, die die bürgerliche Gesellschaft unter sich auszumachen hätte, geht nicht an, denn vor allen Dingen leiden unter diesem Zustande die Arbeiter. Es ist also nothwendig, klar und unzweideutig festzustellen, wie sich unsere Partei bei der Erneuerung der Handelsverträge, zum Schutzoll und Freihandel zu verhalten hat, ob diese Fragen von Fall zu Fall entschieden werden sollen, wie das der Sinn der 1878er Parteitag-Resolution ist, der mir auch heute noch das richtigste zu sein scheint, oder ob die Entscheidung lediglich vom Standpunkte des Freihandels aus erfolgen soll, wie es Schoenlant's Erläuterungen zum Programm nahelegen.

Karl Marx hat sich über die Frage des Freihandels im Jahre 1849 in einer Rede geäußert, die in dem bei J. F. W. Diez erschienenen Buche „Das Elend der Philosophie“ abgedruckt ist. Er faßt sein Urtheil über den Freihandel in folgenden Satz zusammen: „Das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne stimme ich für den Freihandel.“

Es versteht sich, daß heute die Berufsinteressen der Arbeiter mit einer solchen Begründung des Freihandels allein nicht zufrieden gestellt werden.

Die Parteigenossen in Elberfeld beantragen, auf die Tagesordnung des Parteitages den Punkt zu setzen: „Der Arbeiter-schutz in den deutschen Vergewerks.“

Preussische Landtagswahlen.

Der Parteitag für den Kreis Merseburg-Cuerfurt nahm nach einem Referat des Parteigenossen Mittag folgende Resolution an: „Der Reichstag erklärt, sich an der Landtagswahl durch Agitation zu betheiligen, und empfiehlt den Genossen, sofort in die Wahlagitation einzutreten.“

Ein Bild aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

In der Vergewerks-Kommission, welche der Landtag in der Session 1891/92 erließ, hatten die Bergarbeiter eine ganze Reihe von Forderungen zusammengestellt. Im folgenden stellen wir den Forderungen der Arbeiter die gesetzgebenden Versammlungen des Abgeordnetenhaus gegenüber.

Die Arbeiter fordern:

1. Wenn nach Gewicht.

2. Wenn das abgelehnt wird: Amtliche Aichung der Fördergefäße.

3. Die Grundsätze der Lohnbemessung sollen in der Arbeits-Ordnung enthalten sein.

4. Der Bedinge-Vertrag soll schriftlich abgefaßt sein und ein Bedingebuch zur Einsicht der Arbeiter ausliegen.

5. Der „Füllhohlenabzug“ ist zu beseitigen.

6. Einschränkung der Strafen nach Höhe und Häufigkeit.

7. Es soll eine leicht zu erreichende staatliche Behörde als Beschwerde-Instanz gegen Strafen bezeichnet werden.

8. Der Ablehrschein soll beseitigt werden, da er seine alte Bedeutung verloren hat. Früher sicherte er die Anstellung gelehrter Bergarbeiter, was für die Sicherheit der ganzen Bergschaft von Bedeutung. Jetzt dürfen die Unternehmer völlig bergfreie Arbeiter einstellen.

9. Es soll mit Bestimmungen zum Schutz jugendlicher und weiblicher Arbeiter im Bergbau, der ja besonders gefährlicher Natur, über die spärlichen Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung hinausgegangen werden.

10. Es soll eine Maximalarbeitszeit festgesetzt werden.

11. Es sollen tüchtige und sachkundige Vergewerks-Inspektoren eingewählt werden.

12. In die Unterstufungsklassen, zu denen die Vergewerksbeiträge zahlen, soll Einsicht gewährt werden.

Das Abgeordnetenhaus beschließt:

1. Wird nicht durchgeführt.

2. Es genügt, wenn der Vergewerks-Besitzer ungeaichete Fördergefäße mit eigener Marke verwendet. Eine jährliche Revision ist nicht erforderlich.

Ein Vorschlag, nach Reparatur der Wagen die Revision ihres Gewichtes anzuordnen, wird abgelehnt.

3. Abgelehnt, außer für den Fall, daß kein Bedinge verabredet ist.

4. Abgelehnt.

5. Der Regierungsentwurf enthält dieses Verbot, das Abgeordnetenhaus schwächte es durch Zulassung von Ausnahmen ab.

6. Für die einzelne Strafe wird ein Höchstmaß bestimmt; der Häufigkeit wird keine Grenze gezogen.

7. Abgelehnt.

8. Abgelehnt, da die Unternehmer durch den Ablehrschein „kontrafaktische“ Vergewerkszeichnen können, ohne ihrerseits an denselben gebunden zu sein.

9. Es hat sein Beenden bei den Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung.

10. Der Regierungsentwurf wollte wenigstens den Oberbergämtern für ihre Bezirke das Recht der Regelung verleihen. Der Landtag streicht diese Bestimmung und läßt nur ausnahmsweise Regelung für einzelne Bezirke zu.

11. Es bleibt bei den Revierbeamten.

12. Der Regierungsentwurf sah eine Betheiligung der Arbeiter an der Klassenverwaltung vor. Der Landtag streicht die Bestimmungen.

Gewerbe-Inspektion und Landtag.

Wie wir bereits gestern mittheilten, heißt es offiziell, daß mit der etatsmäßigen Aufstellung von weiteren sechs Gewerbe-Inspektoren in Preußen ein Abschluß der Reorganisation der Fabrikaufsicht herbeigeführt werden solle. Dieser „abschlußfreudigen“ Stimmung gegenüber hat die Arbeiterschaft stets zu betonen, daß es in Preußen eine selbständige Gewerbe-Inspektion überhaupt nicht giebt. Vor drei Jahren hat man in Preußen den ohnedies dem Umfang ihrer Aufgaben nicht gewachsenen Gewerbeämtern noch die Dampfessel-Revision übertragen. Infolge dessen ist nicht nur der Prozentatz der kontrollierten Betriebe ein sehr geringer geblieben; wichtiger ist, daß der ganze Charakter des Instituts der Gewerbe-Inspektion verändert wird. Eine Restrevision kann nur nach vorheriger Anmeldung des Beamten erfolgen, während der Gewerbeamt im Interesse der Fabrikinspektion unvorhergesehen erscheinen muß. Vor allen Dingen beschränkt aber die Verbindung beider Stellen die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten; das Hauptgewicht wird stets auf die technische Befähigung gelegt werden. Mit recht sagt ein bürgerlicher Schriftsteller: „In der Personalunion der beiden Ämter muß der Restrevisor sitzen. Eine Regierung wird selbst dem geschicktesten Vermittler talent zu Liebe nie auch nur eine einzige Dampfesselrevisoren mehr riskieren wollen. ... Durch die Verbindung der beiden Ämter wird die Gewerbe-Inspektion zu einem Nebenamt der Dampfesselrevisoren herabgedrückt.“

Küher unserer Fraktion haben sich auch die Freisinnigen im Reichstag der Fabrik-Inspektion in Vorschlag angenommen, dagegen haben die Freisinnigen im Landtag, wo ihnen schon die Staatsberatungen die Gelegenheit aufdrängen, bisher geschwiegen. Es dürfte sich empfehlen, bei der Landtags-Wahlbewegung diesen Punkt nachdrücklich zu betonen, um womöglich bindende Versicherungen der bürgerlichen Kandidaten hervorzurufen. Jeder Verbesserung der Gewerbe-Inspektion muß ihre Trennung von der Restrevision vorangehen!

Zu Ledebour's jüngstem Angriff auf den „Vorwärts“ bemerkt das „Vollblatt für Harburg“: „Genosse Ledebour nannte den „Vorwärts“-Bericht elend, die Bewegung für die Wahlbetheiligung eine künstliche Sache u. s. w. Wir bemerken dazu, daß wir die von ihm angebrachte und empfohlene Resolution, nicht die sonst im „Vorwärts“-Bericht enthaltenen Angaben kritisiert haben. Von einer künstlichen Sache kann ebenfalls keine Rede sein, wo es sich darum handelt, einen Parteitag-Beschluß auszuführen. Statt von Sache zu reden, sollte Genosse Ledebour lieber versuchen, seinen Willen den Parteitag-Beschlüssen unterzuordnen.“

Partei-Nachrichten.

Zu der gestern veröffentlichten Listung sind noch folgende, verspätet eingegangene Posten nachzutragen: Berlin, 1. Kreis 200.—, Berlin, 2. Kr. 500.— (dar. Steintempel-Schilling 6.—, Ueberstuh vom „Wahren Jakob“ 8,86). Berlin, 4. Kr. (Ost) 1000.—, Berlin, den 1. September 1898. H. Gerisch.

Aus Sachsen wird der „Sächsischen Zeitung“ geschrieben: „Allgemein kennzeichnend für die Wohlthat der sächsischen Sozialdemokraten war die in Chemnitz abgehaltene sozialdemokratische Parteiversammlung des 15. Reichstags-Wahlkreises (Mittweida-Limbach). Am diesen bekanntlich verloren gegangenen Kreis wiederzugewinnen, wurde der Versammlung vorgeschlagen, „etwas mehr Klugheit anzuwenden“ und auch die Flugblätter „mit mehr Schlagsworten“ auszustatten. Der Stil und Ton der sächsischen „Genossen“ bisher kannte, mußte annehmen, daß eine weitere Verrohung kaum vorstellbar sei.“

Selbst wenn diese Notiz nicht, was der erste Blick lehrt, eine der gewöhnlichen tendenziös zusammengestellten Nachrichten wäre, die aus den Kreisen der sächsischen Reaktionäre an die auswärtige Presse verfaßt werden, wären die Versicherungen, die in der Versammlung gefallen sein sollen, doch nur das getreue Widerspiel des Auftretens unserer sächsischen Gegner. In keinem Staate des Mittel-Deutschen Reiches operirt man mit so niederträchtigen schabigen gegen uns als in Sachsen, wo die sogenannten Ordnungsparteien auf den geistigen Kampf gegen die Arbeiterschaft längst verzichtet haben.

Eine öffentliche Parteiverammlung in Meeraue 1. S. erörterte die Frage der diesjährigen Stadterneuerung wahlen. Obwohl den Parteigenossen unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Sieg nicht möglich erscheint, sahen sie doch einstimmig den Beschluß, sich aus agitatorischen Gründen an der Stadterneuerung durch Aufstellung einer eigenen Kandidatenliste zu beteiligen.

Aus dem Bericht des Vertrauensmannes Berger ging hervor, daß die finanziellen Verhältnisse der Partei befriedigend sind. Im zweiten Viertel dieses Jahres wurden, abgesehen von den Geldern zur Reichstagswahl, 308,25 M. eingenommen. Nach Abzug der Ausgaben in Höhe von 188,80 M. blieb ein Ueberschuß von 180,45 M. Das Wahlkomitee nahm 707 M. ein und gab 520,58 M. aus, der Ueberschuß betrug hier also 186,42 M. Mit der Haltung des Chemnitzer „Beobachters“ war man sehr unzufrieden. Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ bemerkt zu den Erklärungen der Parteigenossen W. Heinz und Eduard Bernstein: „Was beweisen nun all diese Dementis? Niemand will es mehr gewesen sein. Wie diese kühnen Reuerer der Parteitaktik verschwinden plötzlich angesichts des Parteitag. Haben sie sich zu Herzen genommen, was in unserem Wahlkompendium stand: „Wenn die Einsicht fehlt zu sehen, wo wir stehen, oder die Hoffnung, der müstere die Haltung unserer Gegner, Wer dann noch Bestimmtheit bleibt, der schweige und verharre nicht in der Front, wo er nur Verwirrung anstiftet? Wie dem auch sei, jedenfalls bestätigt das unsere Voraussetzung, daß wir auf dem Parteitag keine hitzigen Erörterungen zu befürchten haben. Aber Klarheit muß geschaffen werden!“

Auch diese Notiz zeigt, daß der Cato der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ eine Polemik ohne beleidigende Unterstellungen nicht zu führen vermag.

Aus Krakau in Galizien wird gemeldet, daß ein dort verstorbener Parteigenosse, der Schuhmacher Josef Czernel, sein ganzes Vermögen — etwa 30 000 Gulden — den Leitern der sozialdemokratischen Partei in Krakau, und zwar den Parteigenossen Daszynski, Dr. Marek, Sulczewski und English, zu gleichen Theilen mit dem Wunsche vermacht habe, das Geld zu sozialistischen Zwecken zu verwenden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins für Gera, Genosse Leven, hat von dem Polizeipräsidenten der Stadt Gera die Aufforderung erhalten, die Staatsangehörigkeit sämtlicher Mitglieder nachzuweisen, da nur reussische Staatsangehörige Mitglieder eines politischen Vereins sein dürfen. Der Aufforderung liegt eine Verfügung des reaktionären reussischen Ministeriums zu Grunde. Leven hat es abgelehnt, dem Verlangen nachzukommen, da dasselbe im Widerspruch mit Artikel 3 der Reichsverfassung steht. In diesem Sinne hat auch das Oberlandesgericht in Jena in einer Verhandlung am 16. September 1890 entschieden.

Aus Gleiwitz wird uns geschrieben: Am 11. Juni verurteilten mehrere Parteigenossen, darunter Genosse Dr. Winter aus Deuthen, vor einer Fabrik Wahlsflugblätter. Winter wurde dabei zur Wache sistirt, weil er durch die Verteilung großen Unfug begangen haben sollte. Nachträglich erhielt er eine Anklage wegen großen Unfugs, Beamteneubildung und Widerstands gegen die Staatsgewalt. In der Schöffengerichtsverhandlung bestritt Winter, großen Unfug verübt zu haben. Der gegen ihn einschreitende Polizeibeamte mußte selbst zugeben, daß in der Nähe des Angeklagten kein Verkauf stattgefunden habe. Die übrigen Zeugen bekundeten dasselbe. Aber der Polizeibeamte hielt sich zum Einschreiten für berechtigt, weil er glaubte, daß ein anderer Menschenauflauf auf derselben Straße durch Winter veranlaßt worden war. Ferner erklärte Winter, daß er sich auf der Straße dem Beamten gegenüber habe legitimieren wollen, daß dieser aber die Legitimierung zurückgewiesen habe. Ein Zeuge konnte auch bekunden, daß Winter nach der Seitentafel seines Hutes gegriffen habe und dem Beamten anscheinend etwas habe vorzeigen wollen. Der Polizeibeamte dagegen sagte aus, daß sich Winter nicht habe legitimieren wollen und sich erst auf dem Polizeibureau legitimiert habe. Von einem wirklichen Widerstande Winters gegen den ihn sistirenden Beamten hat außer diesem feiner der Zeugen etwas gesehen. Winter wurde insgesammt zu 50 M. Geldstrafe eventuell zu 10 Tagen Haft verurteilt. Er wird Berufung einlegen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Astenmacher! Kollegen! Gegenwärtig befindet sich unser Geschäft in der Hochsaison. Die Arbeitskräfte sind außerordentlich angepannt, die Arbeitszeit sehr ausgedehnt und der Lohn für diese Anforderungen nur mäßig. Umso mehr müssen wir die Berufscollegen jezt an ihre Pflicht erinnern, der Organisation beizutreten, um im gemeinsamen Streben eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen. Agitiere deshalb ein jeder, um die Lässigen aufzutreiben und sie der Organisation zuzuführen. — Die Lohnkommission. J. A.: Kuhn, Weisenburgerstr. 67.

Die Köpfer der Firma A. G. Schmidt, Elisabeth-Str. 31, haben die Arbeit eingestellt, weil die Firma ihr Verlangen, am Sonnabend um 6 Uhr Feierabend eintreten zu lassen, ablehnte. Die Arbeiter fordern nunmehr die neunstündige Arbeitszeit. Ausständig sind acht Arbeiter. Zugang ist fernzuhalten.

Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins!

In einer Anzahl von Werkstätten haben die Kollegen bisher noch keine Karten und Marken zur Tilgung unserer Ehrenschuld entbunden. Es ist aber nur möglich, die Schuld zu tilgen, wenn die Kollegen aus allen Werkstätten ihren Obolus liefern.

Kollegen, holt das Verfaulene nach. Wo der Wahl von Vertrauensmannern Hindernisse entgegenstehen, erwarten wir, daß sich Kollegen freiwillig melden, damit durch alseitiges Eintreten die Sache eine baldige Erledigung findet. Ferner machen wir die Mitteilung, daß von Zeit zu Zeit die Karten einer allgemeinen Kontrolle halber werkstattweise abgestempelt und demzufolge eingefordert werden. Die Ausgabe erfolgt in den Lokalen von Heinrich, Kammstr. 78, und Friß Zubeil, Lindenstr. 106, jeden Sonnabend Abend.

Die Kommission der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Streikstatistik. Im Anschluß an die Wiedergabe der Streikstatistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands fällt die „Soziale Praxis“ ein beachtenswertes Urtheil, indem sie schreibt:

Die Generalkommission beschäftigt auch trotz der amtlichen Statistik ihre Arbeit auf diesem Gebiete weiterzuführen. Das ist unter allen Umständen ein nützliches Unternehmen, das zur Befestigung, Ergänzung, Kontrolle der offiziellen Angaben dienen sollte. Sollten diese wirklich, wie neuerdings verlautet, ausschließlich auf den Erhebungen der Ortspolizeibehörden beruhen, so ist die Gewerkschaftsstatistik doppelt notwendig, und man begreift, wenn gegenüber solcher Auffassung einer wichtigen sozialpolitischen Aufgabe das „Correspondenzblatt“ ausruft: „Die unkontrollierbaren Angaben der Polizeibehörden müssen durch die von den Gewerkschaften zu führende Statistik auf ihren Werth hin geprüft werden können. Die Gewerkschaften müssen infolge dessen nicht nur einfach die Streiks registrieren, sondern sie müssen bei jedem Streik die Materialien über Eingriffe der Polizeibehörden und den Terrorismus des Unternehmens sammeln.“ Es wäre ein schwerer Mißgriff, bei einer amtlichen Aufnahme nur so wichtige wirtschaftliche und sozialpolitische Erscheinungen nicht alle verfügbaren Quellen zu erschöpfen. Andererseits geschieht das. In England z. B. sendet das Arbeitsamt Fragebogen an Unternehmer und Arbeiter, es hat seine eigenen Correspondenten in den Industriezentren und endlich liefern ihm auch die Lokalbehörden Material. Wir in Deutschland haben ja leider kein Arbeitsamt, obwohl die Erhebung

eines solchen dringend nötig ist, aber auch mit dem jetzigen Apparat kann eine amtliche Streikstatistik hergestellt werden, die frei von dem Verdachte ist, noch anderen als wirtschaftlichen und sozialen Zwecken zu dienen. Die Verwendung der Ortspolizei allein als Erhebungsbehörde schmeckt doch bedenklich nach der Tendenz, in jedem Streik eine Störung der öffentlichen Ordnung zu sehen und die ganze Arbeiterbewegung vom Standpunkt des Straf-Gesetzbuchs aus zu betrachten.“

Deutsches Reich.

Die vereinigten Hamburger Wehnhändler haben, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, nahezu einstimmig beschlossen, den Boykott gegen die Wädernmeister, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, aufzuheben. Der Beschluß beweist, daß die Behauptung der Verbandsleitung der Wädernmeister, der Boykott habe jede Wirkung verfehlt, zutreffend war. Fraglich erscheint nur, ob die Wehnhändler ihren geschäftlichen Nachtheil, den sie im Auftrag des Arbeitgeber-Verbandes sich selbst auferlegten, nun bald wieder wettmachen können.

Die Glaser in Köln beschloßen am Dienstag Abend in einer öffentlichen Versammlung, über die Geschäfte, die in der letzten Woche den vereinbarten Lohn von sieben Mark nicht gezahlt haben, die Sperre zu verhängen. Ebenso wurde einstimmig der Antrag angenommen, von Montag, den 5. Sept. an auf weitere 14 Tage einen Lohn von fünf Mark pro Tag zu fordern und unter diesen Satz unter keinen Umständen herunter zu gehen.

In der Dresdener Bronzwaaren- und Kronleuchter-Fabrik sind Differenzen ausgebrochen und ist der Zugang von Gütern, Drehern, Drückern, Schleifern und Schloßern fernzuhalten.

Die Dresdener Buchdrucker-Gesellen haben zur Zwangsorganisation der Innung in folgender Resolution Stellung genommen: Die Buchdrucker-Versammlung erklärt in bezug auf die Innungsbestrebungen der Prinzipale, daß das Programm der Gehilfenschaft nach wie vor dasselbe bleibt: „Freie, gleichberechtigte Vereinbarung des Tarifs und Selbständigkeit der Gehilfenklassen.“ Jeder Vereinträchtigung dieser Grundsätze wird die Gehilfenschaft mit Energie entgegengetreten. — Befußt Befragung der für die Zwangsinnung geplanten Gehilfen-Positionen erwählt die Versammlung 20 Kollegen, welche die Kandidaten nach der Ausschreibung der Wahl unter sich nominiren.“

Zum Mannheimer Bierboykott wird berichtet, daß das Amtsgericht in Mannheim auf Grund des famosen Luftungsparagraphen die Flugblätter der Boykottkommission und auch die Mannheimer „Volkstimme“ beschlagnahmt hat.

Für das Stuttgarter Arbeitersekretariat ist der Genosse Matutat aus Augsburg gewählt. Matutat ist von Beruf Drechsler und war in Berlin längere Zeit Vorsitzender der Arbeiter-Bildungsschule. Vor seiner Uebersiedelung nach Augsburg hatte er im vierten Berliner Wahlkreise das Amt eines Vertrauensmannes inne.

Soziales.

„Statistik der Ursachen der Erwerbsunfähigkeit (Invaliddität) nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz.“ Die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten sind unter Umständen befugt, das Heilverfahren für erkrankte Versicherte zu übernehmen, sofern als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, die einen Anspruch auf reichsgesetzliche Invalidenrente begründet. Es ist daher schon aus diesem Grunde von Wichtigkeit, zu erfahren, welche Krankheiten für die versicherte Bevölkerung am gefährlichsten sind. Das Reichs-Versicherungsamt hat infolge dessen bereits beim Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes angeordnet, daß dem bei ihm bestehenden Rechnungsbureau zugleich mit Uebersendung der Unterlagen für die in jenem Gesetz vorgeschriebene Verteilung der Rentenlast bei jeder Invalidenrente die Ursache der Erwerbsunfähigkeit mitgeteilt werde. Danach müßte sich im Rechnungsbureau allmählig und ganz nebenbei ein reicher Stoff ansammeln, dessen statistische Verarbeitung in mehrfacher Hinsicht eine höchst werthvolle Ausbeute erwarten ließ.

Das Ergebnis dieser Arbeit ist nunmehr unter dem oben bezeichneten Titel als Beiheft zu den „Amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes“ (Berlin 1898, Verlag von A. Hoyer u. Co., Preis 5 M.) der Öffentlichkeit übergeben.

Man hat es für notwendig gehalten, das Material so ausführlich wie irgend thunlich in Tabellenform vorzulegen, um jede Einzelheit in der Behandlung auszuschließen, und um jedem die Möglichkeit zu geben, nach eigenem Ermessen weitere Untersuchungen daran zu knüpfen. Bei der ursprünglich nur auf die Ursachen der Erwerbsunfähigkeit berechneten Arbeit wurden noch mancherlei Ergebnisse gewonnen, die mit den Ursachen nichts zu thun haben; es erdienten wünschenswerth, diese gleichzeitig mit zu veröffentlichen. Infolge dessen hat das Werk, welchem auch zwei farbige Tafeln beigelegt sind, einen Umfang von mehr als 30 Bogen erreicht. Bei dieser Statistik haben die Invalidenrenten, die bis ungefähr Ende 1895 im ganzen Reichsgebiet bewilligt worden sind, Berücksichtigung gefunden; ihre Zahl beträgt 158 462. Der genannte Stoff ist in den Tabellen geordnet nach: 1. Alter und Invaliditätsursache, 2. Beruf und Invaliditätsursache, 3. Versicherungsanstalt und Invaliditätsursache, 4. Beruf und Alter, 5. Versicherungsanstalt und Invaliditätsursache, 6. Versicherungsanstalt und Alter, 7. Beruf, Alter und Invaliditätsursache, 8. Versicherungsanstalt, Beruf und Alter, 9. Versicherungsanstalt, Beruf und Invaliditätsursache, 10. Versicherungsanstalt, Alter und Invaliditätsursache, 11. Versicherungsanstalt, Beruf, Alter und Invaliditätsursache.

Für die acht ersten Zusammenstellungen sind außer den absoluten Zahlen auch Verhältniszahlen gegeben.

Die Ursachen der Erwerbsunfähigkeit sind nach Benehmen mit dem kaiserlichen Gesundheitsamt in folgende 28 Gruppen zusammengefaßt: 1. Entkräftung, Blutmuth, Altersschwäche, 2. Gelenkheumatismus, Gicht, 3. Muskelrheumatismus, 4. Tuberkulose der Lungen (Lungenschwundstich), 5. Tuberkulose anderer Organe, 6. Krebs und andere Neubildungen (nicht ausschließlich örtlicher Art), 7. Sonstige Allgemeinerkrankungen (chronische Vergiftungen, Zuckerkrankheit, Syphilis etc.), 8. Geisteskrankheiten, 9. Gehirnschlag und andere Krankheiten des Gehirns und seiner Hülle ausschließlich Ziffer 8, 10. Epilepsie und verwandte Krankheitsformen, 11. Krankheiten des Rückenmarks, 12. Krankheiten einzelner Nerven oder Nervenbezirke, 13. Krankheiten der Augen, 14. Krankheiten der Ohren, 15. Krankheiten der Athmungswege (der Nase, des Kehlkopfes, der Luftröhre und der Luftröhrenäste), 16. Krankheiten des Brustfells, 17. Krankheiten der Lunge (Lungenerweiterung, Emphysem, Asthma) ausschließlich Lungentuberkulose — s. Ziffer 4, 18. Krankheiten des Herzens und der großen Blutgefäße, 19. Sonstige Krankheiten der Blutgefäße, Lymphgefäße oder Lymphdrüsen (auch Krampfadern und Krampfadernbruch), 20. Krankheiten des Magens, 21. Krankheiten des Darms, der Leber oder Milz, 22. Krankheiten der sonstigen Verdauungsorgane (des Mundes, der Zähne, der Zunge und der Speiseröhre), 23. Unterleibsbrüche, 24. Krankheiten der Nieren, 25. Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane (Steinkrankheit, Wasserbruch etc.), 26. Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes (chronische Hautleiden ausschließlich Ziffer 5, aronische Geschwüre, Zellgewebsentzündungen), 27. Krankheiten der Bewegungsorgane (der Knochen und der Knochenhaut, der Gelenke ausschließlich Ziffer 2, der Muskeln und Sehnen ausschließlich Ziffer 3), 28. Folgen mechanischer Verletzungen (Verlust einzelner Körperteile, Knochenbrüche, Verrenkungen oder Verstauchungen, Zerkleinerungen, Quetschungen, Wunden der Weichteile).

Die Eintheilung der Verufe — es wurde stets der Beruf der Rentenberechtigten bei Eintritt der Erwerbsunfähigkeit als maßgebend angesehen — entspricht der Gruppierung, die der Bundesrath für die Verarbeitung der letzten Berufs- und Gewerbezahlung angeordnet hat, nämlich: A. Landwirthschaft, Gärtnerei und Thierzucht, Forstwirthschaft und Fischerei, B. Bergbau und Hüttenwesen, Industrie

und Bauwesen, C. Handel und Verkehr, D. Häusliche Dienste (einschließlich persönlicher Bedienung), auch Lohnarbeit wechselnder Art, E. Militär-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst, auch sogenannte freie Berufsarten, G. in der Haushaltung ihrer Herrschaft lebende Dienende für häusliche (nicht gewerbliche) Dienste. Die Berufsart F (Selbständige und Anstaltsinassen) konnte, da ihre Angehörigen der Versicherungspflicht gegen Invalidität nicht unterliegen, nicht vertreten sein.

Arbeiterrisiko. Durch Einsturz des Gerüsts auf einem Neubau haben in Prag vier Arbeiter ihr Leben verloren und drei wurden schwer verletzt. Eine Person, der die Schuld an dem Unglück beigemessen wird, ist verhaftet worden.

Deutsche Hochseefischerei. Im Seeestemünder Fischereihafen verkehrten im zweiten Vierteljahr 1898 451 Fischdampfer und 58 Segelfahrzeuge gegen 392 und 25 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Der Umsatz in den Verteilergeräten stellte sich auf: 7 181 128 Pfund Fische mit 800 132 M. Erlös gegen 5 868 805 Pfund Fische mit 594 823 M. Erlös in der gleichen Zeit des Vorjahres. Hauptfischfang wurde die flische Nordsee und das Skagerrak bis in das Kattegat hinein befischt. In der Nordsee trafen die Fischer große Schellfische und große Schollen nur noch in geringen Mengen an. Die Seeestemünder Fischdampfer unternahmen 16 Reisen nach den isländischen Gründen mit durchweg gutem Erfolge. Ein Dampfer erzielte einen Fang von 1100 Zentnern. Bei den hohen Preisen in der Charwoche brachte eine Ladung von 800 Zentnern einen Erlös von 20 119 M., den höchsten Betrag, der je für eine Ladung erzielt ist. Ein Fischdampfer, der Präsident Herwig, verunglückte in den isländischen Gewässern. Er strandete an der Küste und ging völlig verloren. Glücklicherweise wurde die gesamte Mannschaft gerettet.

Die zu Anfang d. J. gegründete „Seeestemünder Herings- und Hochseefischerei-Aktiengesellschaft“ hat nunmehr ihren Betrieb aufgenommen. Am 16. und 18. Juli d. J. sind die beiden ersten Dampfer zum Heringsfang ausgegangen. Drei weitere Dampfer werden voraussichtlich im Laufe des kommenden Monats in Betrieb gestellt werden. Jedes Fahrzeug setzt beim Heringsfang ein aus 150 Rehen bestehendes Rehfleth von etwa 5000 Meter Länge aus.

Versammlungen.

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises veranstalteten am Mittwoch im Lokal Sanssouci eine Kaffeefest, die einen würdigen Verlauf nahm. Genosse Zubeil gedachte unserer Vorkämpfer Marx und Engels als der wissenschaftlichen Bahnbrecher des Sozialismus und schilderte das Wirken Ferdinand Lassalle's, des geistvollsten Agitators für die Emanzipation der Arbeiterklasse. Auch jener Verstorbenen aus den Reihen des Proletariats, die ihr Leben der Arbeiterfrage geweiht hatten, erwähnte der Redner und forderte die lebende Generation auf, diesen Kämpfern für den Sozialismus nachzueifern. Stimmungsvolle Vorträge eines Arbeiter-Gesangvereins eröffneten und schlossen die Versammlung.

Die in Buchdruckerien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielten am 30. August in den Aminhallen eine öffentliche Versammlung ab, in der Frau Thiede über die Zwecke und Ziele des noch jungen Verbandes der genannten Arbeiter und Arbeiterinnen referirte. Die Rednerin besprach auch den Beschluß der letzten Generalversammlung des Verbandes der Steindruck- und Lithographen, wodurch den Hilfsarbeiterinnen der Steindruckerei die Zugehörigkeit zum fraglichen Verbande unmöglich gemacht wurde. Sie mißbilligte den Beschluß und erklärte es für notwendig, nunmehr die betreffenden Arbeiterinnen zu dem Hilfsarbeiter-Verbande heranzuziehen. Ihre Mahnung, den Verband in jeder Beziehung zu fördern, fand lebhafte Zustimmung. Mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen sprachen im gleichen Sinne. Falkenberg allein plädirte für Lokalvereine, will aber mangels einer solchen Organisation beim Verbande bleiben. Köhling gab dann die Nachtragsabrechnung der Agitationskommission. Der Ueberschuß von 78,50 M. ist dem Zentral-Kassirer des Verbandes überwiesen worden. Die Wichtigkeit der Schlussabrechnung wurde von den Revisoren bestätigt, worauf die Versammlung Köhling Decharge ertheilte. Die Agitationskommission hört damit endgültig auf zu existiren. Jahn sprach darauf über die Arbeitsnachweise der beiden Berliner Verbandsfilialen. Sie würdigen sehr günstig zu bemerken, insbesondere hätte sich ihre Inanspruchnahme in den letzten drei Jahren gehoben. Immerhin sei noch manches zu wünschen, so zum Beispiel, daß die Maschinenmeister sich mehr wie bisher darum kümmern möchten. Redner hob die Vortheile hervor, die die Arbeitsnachweise der Arbeiterorganisation gegenüber dem Dr. Frembschen Zentral-Arbeitsnachweis und dem sogenannten freien Nachweis in der Frankfurterstraße böten. In der Frankfurterstraße müsse jeder Arbeitssuchende 75 Pfg. oder 1 M. bezahlen und dann dürfe er nicht einmal nach den Arbeitsbedingungen fragen, wenn er wohnin geschickt werde. In einer Resolution verpflichteten sich dann die Versammelten, mit aller Energie dahin zu wirken, daß nur die Arbeitsnachweise der beiden Berliner Verbandsfilialen in Anspruch genommen würden, und zwar auch von den Richterorganisirten. — Ferner sprach die Versammlung in derselben Resolution die Erwartung aus, daß die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und die des Vereins der Berliner Buchdrucker-Maschinenmeister etwas energischer für diese Arbeitsnachweise eintreten. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, sich mit dem Bureau der Buchdrucker-Versammlung vom 7. August in Verbindung zu setzen und mit ihm die geeigneten Schritte zu beirathen.

Vertichtigung. Der eine vom Genossen Kron in der Versammlung des zweiten Wahlkreises verlesene Brief war nicht von Hengsbach geschrieben, der nicht Vertrauensmann ist, sondern vom kölner Vertrauensmann Meerfeld. Er enthielt aber die von dreizehn Genossen abgegebene Erklärung von Hengsbach, daß bei den Ausführungen Werner's eine ganz bestimmte Personenverwechslung vorgelegen haben müsse.

In dem Versammlungsbericht des 4. Wahlkreises ist über die Wahl der Delegirten zur Frankfurter Konferenz eine Unrichtigkeit enthalten. Gewählt wurden: Otto Galle, Gesele und Finzen.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen. gez. 1892. Jeden Freitag, abends 7 Uhr! Jahrsabend bei Rehnwald, Alte Jakobstr. 54/55.

Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen Berlins und der Umgegend. Heute Abend 8 Uhr bei Hoppe, Adenre. 145: Mitglieder-Versammlung. Vortrag: Der Händler als Staatsbürger, seine Rechte und seine Pflichten. Gäste willkommen. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 1. September. (W. T. U.) Der Kassationshof verurtheilte die weitere Verhandlung über die Berufung Picquart's gegen die Entscheidung der Anklagekammer in Sachen du Paty de Clam und Esterhazy nach dem Pladoyer des Verteidigers und der Replik des Staatsanwalts auf morgen. Der Staatsanwalt hatte die Verurteilung beider Berufungen beantragt. General Renouard hat die Funktionen des Chefs des Generalstabes übernommen. General Voisbeffre verabschiedete sich heute Nachmittag von den Offizieren und dem Bureau-Personal des Generalstabes.

Paris, 1. September. (W. T. U.) Der Justizminister Garcien besuchte heute Abend den Kriegsminister Cavaignac und hatte mit demselben eine ziemlich lange Unterredung.

Von ministerieller Seite wird die Nachricht, General Gonse sei zum Kommandeur der Befestigungen in Nizza ernannt, für unbegründet erklärt.

Victoria (Britisch-Columbia), 1. September. (W. T. U.) Die für verloren gehaltene Mannschaft des Passagierdampfers „Silkenhead“, 43 an der Zahl, ist vom Schiffe „Alpha“ aufgenommen und in St. Michaels angekommen.

Lokales.

Wünsche und Beschwerden zur Verbesserung der Berliner Verkehrsverhältnisse. In einer größeren Arbeit über die Berliner Verkehrsverhältnisse macht der Berliner Stadtbauinspektor Vinzenz als Sachverständiger Bemerkungen über wünschenswerthe Verbesserungen und Neuerungen, die darum die größte Beachtung verdienen, weil sie die Verdrängung der Klagen der Berliner Bevölkerung über die Mangelhaftigkeit unserer Verkehrs-Einrichtungen anerkennt. Da zunächst die motorische Kraft der Zukunft für die Wagen der noch zu erbauenden Bahnen — seien es Hoch-, Untergrund- oder Nebenbahnen — zweifellos die Elektrizität sein wird, so dürfte es auch nur eine Frage der Zeit sein, daß sie auf der Stadtbahn eingeführt wird. Die Vermessung des Tarifs nach der Anzahl der Stationen, die man durchfährt, muß als widersinnig bezeichnet werden. Man kann zur Zeit für 10 Pfennige III. Klasse und 15 Pf. II. Klasse bis zu fünf Stationen durchfahren. Diese liegen nun ganz verschieden weit auseinander, so daß die Gegenleistung der Bahn eine ganz verschiedene ist. Bevor die Station Savignyplatz eröffnet ist, konnten die Bewohner von Charlottenburg für den unteren Einheitspreis nach Bahnhof Friedrichstraße, also bis in das Herz der Stadt fahren. Von dem Augenblick ab, wo der Verkehr auf Station Savignyplatz eröffnet wurde, bedeutete dies für die Anwohner von Bahnhof Charlottenburg eine Vertheuerung von 100 pCt. für die gleiche Leistung der Bahnverwaltung. Alle Petitionen der Bewohner haben nichts gefruchtet. Ein solches Verfahren kann nicht scharf genug gerügt werden! Keinesfalls kann sich aber alle Augenblicke wiederholen, da ist z. B. die Station Lehrter Bahnhof, seinerzeit wohl mit Rücksicht auf den Lehrter Bahnhof gerade an der Stelle erbaut, wo sie liegt, obgleich diese Station eigentlich ein sehr gering bebautes Hinterland besitzt, aus dem ihr Fahrgäste zufließen können. Bei weitem für den Stadtverkehr günstiger würde die Anlage je einer Station an der Straße „Alt-Weaabit“ und an der Karlstraße sein, von welchen die erste ja sehr gut den Verkehr nach und von der Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof vermitteln könnte. Geseht nun den Fall, die Verwaltung ließe die alte Station eingehen und errichtete zwei neue, so würde bei Einhaltung des fünf Stationen-Tarifs ebenfalls wieder eine Schädigung verschiedener weiter gelegener Stationen eintreten. Dem kann gründlich nur dadurch abgeholfen werden, daß man für das ganze Stadt- und Ringbahngebiet einen Fahrpreis von 10 Pf. für die III. Klasse und 20 Pf. für die II. Klasse einführt. Zum Vergnügen fährt niemand in Berlin auf der Stadtbahn und die Hauptentnahme dürfte doch auch schon jetzt aus dem Verlaufe der Fahrarten der ersten Zonen leiten. Ein anderer großer Vortheil dieser Einrichtung wäre aber, daß die lästige und zeitraubende, vom Publikum besonders unangenehm empfundene Billettabgabe fortfallen und sich das Verlassen der Bahnsteige bei weitem schneller vollziehen könnten! Für die Verwaltung sicherlich keine unerhebliche Ersparnis an Beamten, zumal wenn man die Trennung von Aufgang und Abgang auf allen Stationen scharf durchführt.

Bei nun die Stadtbahn am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen ist, so verdient der Vorschlag, man möge über dem Viadukt der Stadtbahn noch einen zweiten aus Eisen erbauen, verwirklicht zu werden, da die Ausführung dieser Idee durchaus nicht zu den Unmöglichkeit gehört. Geholfen wäre damit der Stadtbahn von Grund aus, sie würde dann über acht Geleise verfügen, davon zwei für den Fernverkehr, zwei für den dem Fernverkehr so äußerst lästigen Vorortverkehr und vier für den Stadtverkehr, einschließlich der Ringbahn. Das zweite Mittel zur Entlastung besteht in der Schaffung von Parallelbahnen. Eine solche ist in der Charlottenburger Straßenbahn, wenn auch nur in bescheidenem Maße, bereits vorhanden. Zu den von der Charlottenburger Pferdebahn-Gesellschaft vorgenommenen Verbesserungen — Einführung des elektrischen Betriebes und Einstellung der Wagen — muß noch ergänzend hinzukommen: Einführung einer schnelleren Verkehrsfolge der Wagen (jetzt nur alle 7 Minuten). Herabsetzung der Fahrpreise und zwar, daß sie nicht höher sind, als die auf der Stadtbahn für die gleichen Entfernungen zu zahlenden Preise. Belegung der Sitzplätze der Wagen mit Decken, wie es bereits von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft bewirkt wird, und endlich Verlängerung der Linie im Osten bis zum Alexanderplatz und im Westen durch die Wilmersdorfer Straße bis zum Grunewald.

Die noch im Betriebe befindlichen Pferdebahnen würden eine Verbesserung ihrer trostlosen Beleuchtung erfahren, event. müßte behördlicherseits darauf gedrungen werden. Die Straßenbahnwagen müßten in Bezug auf Dämpfung des Geräusches durch Einlagen von schalldämpfenden Mitteln als Kautschuk, Linoleum etc. verbessert werden. Auf vielen Linien ist die Wagenfolge eine durchaus ungenügende. Abgesehen von den vielen Außenlinien müßte der Abstand, in der sich die Wagen im inneren Stadtbereich folgen, kein größerer als 5 Minuten sein. Die Anlage von Wartehallen erscheint an einzelnen Punkten ein dringendes Bedürfnis; so am Brandenburger Thor, am Alexanderplatz, vornehmlich überall da, wo das Publikum beim Warten nicht in der Lage ist, vor den Unbilden der Witterung in angrenzenden Häusern Schutz zu suchen.

Auch die Beleuchtung der Fuhrwerke bei Dunkelheit muß besser werden. Es ist erstaunlich, wie ungenügend vielfach die Beleuchtung der Fuhrwerke ist.

Hat man die Frage der Raucherentwicklung am besten durch Anwendung elektrischer Energie im Verkehrsleben der Hauptstadt gelöst, so muß auch die Verqualmung der Spree durch die Dampfer und zwar besonders durch die Schleppdampfer beseitigt werden. Haben die Lokomotiven der Stadtbahn durch Anwendung der Raucherentwicklung diese Raucherentwicklung beseitigt, so müssen auch die Dampfer angehalten werden, ähnliche Einrichtungen zu treffen!

Nach 28jähriger ununterbrochener Thätigkeit ist, wie der Handelsangestellte meldet, von der Firma Raymond u. Co., Dramenburgerstr. 28, ein Buchhalter gekündigt worden; dem sechzigjährigen Manne wurde am 30. April er von den Geschäftsinhabern ein Schreiben folgenden Inhalts zugeföhrt: „Wie Sie selbst am besten beurtheilen können, ist das Geschäft in den letzten Jahren derartig zurückgegangen, daß wir gezwungen sind, die größte Sparmaßnahme walten zu lassen, und aus diesem Grunde allein müssen wir Ihnen leider Ihre Stellung per 1. Juli kündigen, und die bisher von Ihnen ausgeübte Thätigkeit an die übrigen Mitarbeiter verteilen. Es thut uns dies umso mehr leid, da Sie so lange Jahre unserem Hause treu zur Seite standen, die Nothwendigkeit zum Sparen liegt jedoch vor und können wir unmöglich weiter einen derartig hohen Gehalt zahlen, was Sie wohl selbst einsehen werden. In anbetrach Ihrer langjährigen Thätigkeit machen wir Ihnen diese Mitteilung bereits jetzt vor der Zeit.“ Als Inhaber der sparsamen Firma nennt das angeführte Blatt die Herren Geh. Kommerzienrath Goldberger und Oscar Natheanu. Da Herr Goldberger, der auf Sammelreisen für patriotische und ähnliche Zwecke gern mit großen Summen prangt, es wirklich nöthig, an einem in seinem Geschäft ein Menschenalter hindurch ausgenutzten Arbeiter 3000 M. Jahresgehalt zu sparen?

Heute sind 25 Jahre seit der Einweihung der Siegessäule auf dem Königsplatz verfloßen. Bereits im Jahre 1864 sollte zur Erinnerung an den Feldzug gegen Dänemark ein Denkmal errichtet werden, daß nach dem Projekte Ströds in Form einer Gedächtnishalle gedacht war. Die Grundsteinlegung erfolgte auch im Jahre 1865, doch trat infolge der Ereignisse von 1866 neue Anforderungen auf, welche die Ausführung bis zum Jahre 1869 verzögerten und dann weitere Umwandlungen veranlaßten. Das mit einem

Kostenaufwande von 1800 000 Mark errichtete Monument stellt eine von der Siegesgöttin gekrönte Ehrensäule dar, deren mit musivischen Bildern geschmückter Fuß von einer offenen Säulenhalle umgeben ist.

Das „Siegespfeilschiff“ hat seiner plumpen und prozigen Form halber von Anfang an unter dem Carlasmus der Berliner zu leiden gehabt. Gleich nach der Einweihung hieß es z. B., die am Denkmal angebrachten Kanonen seien dazu bestimmt, nach Spanien und Lufschiffen zu schießen.

Konkurrenzkampf im Straßenbahnbetriebe. Die Berlin-Charlottenburger Straßenbahngesellschaft hat an den hiesigen Magistrat eine Eingabe gerichtet, in der sie sich über die Bevorzugung der „Großen Berliner“ beschwert und ebenfalls bei der Freigabe neuer Linien um Berücksichtigung bittet. Dabei erklärt dann die Charlottenburger Straßenbahn, es sei „das Bestreben der Großen Berliner Straßenbahn unverkennbar darauf gerichtet, den ganzen Verkehr Berlins und der Vororte an ihre großen Verkehrslinien heranzuziehen und die Charlottenburger Gesellschaft als die einzige überhaupt noch in betracht kommende Konkurrenzgesellschaft auf ihren derzeitigen kleinen Besitzstand zu beschränken.“ Wir glauben, daß die Berliner Bevölkerung sich nicht allzusehr über die Benachtheiligung der Charlottenburger Gesellschaft aufzuregen braucht. Die auf Konzentration gerichtete wirtschaftliche Entwicklung würde auch bei veränderter Stellung des Magistrats dafür sorgen, daß die kämpfenden Kapitalisten in der Ausbeutung des Publikums und der Arbeitskräfte bald folgerichtig zusammenhängen.

Schutzimpfungen gegen Tollwuth. Das Polizeipräsidium theilt uns mit: Beim hiesigen k. k. Institut für Infektionskrankheiten, Charitestr. 1, ist eine Abtheilung für Schutzimpfungen gegen Tollwuth errichtet worden. Auf derselben können Personen, welche von toden oder der Tollwuth verdächtigen Thieren gebissen worden sind, in Behandlung genommen werden. Die Behandlung, welche soweit dieselbe ambulatorisch stattfindet, unentgeltlich ist und in leichten Fällen etwa 20, bei schweren Verletzungen z. B. im Gesicht — mindestens 30 Tage in Anspruch nimmt, besteht in Einspritzungen, welche täglich einmal vorgenommen werden und daher die Aufnahme der Verletzten in das genannte Institut in der Regel nicht erforderlich machen. Die Aufnahme in dasselbe ist vielmehr nur bei solchen Personen wünschenswerth, welche, wie z. B. Kinder ohne Begleitung von Erwachsenen, in Berlin kein geeignetes Unterkommen finden. Im Interesse einer sicheren Wirkung der Behandlung ist es erforderlich, daß dieselbe möglichst bald nach der Verletzung beginnen kann. Verletzte, welche sich der Behandlung unterziehen wollen, haben sich zunächst an ihr Polizeiviertel zu wenden und sich noch Empfang eines bezüglichen Anweisungsscheines bei der Direktion des Instituts für Infektionskrankheiten vorzustellen.

Auf Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten wird zur Zeit ein Kanalprojekt für einen Großschiffahrtsweg von Berlin zur Oder bei Oberhausen, welcher zur Ausführung in Aussicht genommen ist, ausgearbeitet. Die diesem Projekte zu Grunde gelegte Linie verläßt die zeitige Havel-Oderstraße bei Oranienburg, geht durch den östlich von Oranienburg gelegenen Lehnitzsee und bei Walzer Schleufe in den Havelkanal, verläßt diesen eine kurze Strecke und geht dann in östlicher Richtung durch das Kreuzbruch. Bei der Mühlendorfer Schleufe wird der alte Finowkanal überschritten, die neue Linie benutzt eine kurze Strecke des Werbellinsees und geht nun weiter in östlicher Richtung bei Steinbruch und Lichterfelde vorüber auf Eberswalde zu. Östlich von Eberswalde überschreitet die Linie das Nagoser Fließ und erreicht westlich von Liepe das Ende der Scheitelhaltung, um hier in das Flußthal der alten Oder hinabzusteigen. Von Liepe bis Hohenhausen wird sodann die alte Oder benutzt. Bei Hohenhausen wendet sich die Linie dem Norden zu und tritt bei Neuzoll, Spandau gegenüber, in die Oder ein. Die Länge dieser Linie von Spandau bis Hohenhausen beträgt 94 257 Meter, die Scheitelhaltung von der Schleufe am Lehnitzsee bis zum Abstieg auf der geneigten Ebene bei Liepe ist 50 980 Meter beziehungsweise bis zur Schleufentreppe bei Liepe 50 342 Meter lang. Die Sohlenbreite des Kanals ist zu 20 Meter, die Wasserpiegelbreite bei H. N. + 37,10 Meter zu 33,1 Meter angenommen. Die Schleusen haben eine nutzbare Länge von 67 Metern, eine Breite von 9,6 Metern und eine Dampftiefe von 3 Metern.

Dem Sturm auf die Rabatt-Sparvereine haben sich nunmehr auch die Milchhändler des Nordens angeschlossen, indem sie in einer am Mittwoch Abend im Rood'schen Saale, Brunnenstraße, abgehaltenen gut besuchten Versammlung folgenden Beschlusses annehmen: „Die Versammelten verpflichten sich, als Lieferanten aus den Rabatt-Sparvereinen auszuscheiden und beauftragen ihre Kommission, die nöthigen Schritte bei den Geschäftsteilnehmern zu thun.“ Als praktisches Resultat ergab die Versammlung, daß 180 der anwesenden Milchhändler durch Einzeichnung in eine Liste ihren Austritt aus den Rabatt-Sparvereinen erklärten. Von einer über Abtrümmung etwa zu verhängenden Konventionalstrafe wurde Abstand genommen.

Die Fleischtheuerung. Die Erhöhung der Fleischpreise wird vermuthlich auch in den Gastwirthschaften einen Aufschlag der Preise für Fleischspeisen zur Folge haben. In Gastwirthschaften ist, der „Voll. Ztg.“ zufolge, diese Frage in den letzten Tagen eifrig erörtert worden; es wird beabsichtigt, die Gastwirthsvereine zu erziehen, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

Bei dem Neubau des Gerichtsgebäudes Neue Friedrichstr. 12/13 stürzte am Donnerstag, nachmittags um 5 Uhr, der Dachdecker Hoffmann aus der Jägerstr. 83 zu Nordost infolge eines Fehltritts vom Dach auf den Hof hinab. Außer einer Gehirnerschütterung erlitt er mehrere Rippenbrüche und innere Verletzungen. Ein Ländlicher Rettungswagen brachte ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain.

Die Herbstparade des Gardekorps fand gestern in üblicher Weise statt. Unter dem Publikum, welches sich gestern früh in der Bellealliancestraße aufgestellt hatte, um sich den Ausmarsch der Paradebatterien anzusehen, bewegte sich ein Postkartenhändler, der, wie das „Berl. Ztbl.“ meldet, ein neues zugkräftiges Empfehlungswort für seine Aufschlachten in Anwendung brachte. Er rief nämlich: „Meine Herren! Kaufen Sie die letzten Parade-Postkarten vor dem ewigen Frieden!“ Dieser „Schlagfertigkeits“ des Berliner wird der kommende Weltfrieden hoffentlich keinen Eintrag thun. — Ein starkes Stück hat sich aus Anlaß der großen Parade die „Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft“ geleistet. Auf der Linie Weaabit-Nitzdorf kostete bekanntlich die Strecke vom Potsdamer Bahnhof bis zur Fischerstraße in der Hasenheide zehn Pfennig. Die Passagiere nun, welche heute früh während der durch die Parade herbeigeführten Sperre diese Tour fuhren, mußten an der Belle-Alliance-Brücke aussteigen und zur Weiterfahrt eine jenseits der Brücke haltenden Wagen benutzen. Für diese Weiterfahrt hatten die von den betreffenden Fahrgästen gelösten Billets aber keine Gültigkeit, sie mußten vielmehr aufs neue 10 Pfennig bezahlen; die Fahrgastmutter stellte sich für sie somit auf 20 Pfennig, wofür sie die Unbequemlichkeit, einen Theil des Weges zu Fuß zurücklegen zu müssen, mit in den Kauf zu nehmen hatten!

Das Kuratorium der Unfallsstationen theilt uns mit: Sie würden uns zu großem Dank verpflichtet, wenn Sie Ihre Kritik über den verunglückten Arbeiter Holzschläger folgendermaßen ergänzen würden: Das Gespinnst gehörte nicht einer Brauerei, sondern der Glanfschen Bierhandlung, Chausseestr. 102. Der Verunglückte wurde von dem sofort herbeigeeilten Krankenwagen nach der Unfallsstation I in der Wilhelmstraße geschafft, wo er sich auch jetzt noch in ärztlicher Behandlung und Pflege befindet. Da die freie Hilfskasse der Arbeiter die Uebernahme dieses Falles ablehnt und auch die sonst theilhaftigen den gleichen Standpunkt einnehmen, so übernimmt selbstverständlich die Unfallsstation die entstehenden Kosten für die Krankenhaus-Behandlung und hat auch noch Vorkaufleistungen der Familie zu kommen lassen.

Von Dieben heimgefuht wurden wiederum die Bewohner des Viertels am Prenzlauer Thor. In der verfloßenen Nacht drangen Diebe, deren Ermittlung bisher noch nicht gelungen ist, in die Gastwirthschaft von Vulprecht, Prenzlauerstraße 50, und eigneten sich ein Faß Butter an. Dann stalteten die Einbrecher der gegenüberliegenden Drogerhandlung von Werner einen Besuch ab, wo sie den Inhalt der Ladenkasse mitnahmen. Schließlich stalteten sie noch der Konditorei von Levy, Prenzlauerstraße 59/60, eine Visite ab und stahlten das in der Ladenkasse befindliche Geld sowie verschiedene Konditorwaaren.

Im Dienst verunglückt ist in der Nacht zum Donnerstag der Wagenführer der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft Schmidt, welcher einen Motorwagen der elektrischen Straßenbahn bediente. Als der Wagen sich gegen 12 Uhr nachts am Alexanderplatz befand, verlagte der Motor plötzlich den Dienst und war nicht von der Stelle zu bringen. Ein zweiter Motorwagen nahte heran und wurde auf Veranlassung des Schaffners an den stromlofen Wagen angehängt, worauf der Zug sich in Bewegung setzte. Man hatte jedoch übersehen, daß Schmidt die Plattform verlassen hatte und vor dem Wagen stand. Der Wagenführer wurde von seinem eigenen Befährt erfasst und zur Seite geschleudert. Hierbei erlitt er eine Querschnung des Brustkastens und mußte in einer Drochle dem Krankenhaus Friedrichshain zugeführt werden. Die weitere Bedienung des Wagens mußte der Schaffner übernehmen.

Wieder ein Todesfall durch Verbrühen zu verzeichnen. Der zwei Jahre alte Knabe Paul Radloff aus der Jordenorferstr. 43 spielte in der Küche, wo seine Großmutter beschäftigt war, als ein Feuerfaß auf dem Hofe erlöchen. Die Großmutter ließ das Kind hinaus. Nun hatte sich Frau Radloff, die ein Milchgeschäft betreibt, zum Reinigen der Kannen einen großen Topf mit heißem Sodawasser in den Laden gestellt. Bevor sie sich aber an die Arbeit machte, trug sie die Schuld einer Kundin in ein Buch ein. Beim Schreiben niedergebengt, merkte sie nicht, daß der Knabe vom Hofe in den Laden gekommen war. Wöglich hörte sie einen kellenden Aufschrei und sah ihren Kleinen in der heißen Flüssigkeit sitzen. Obgleich er sofort in ärztliche Behandlung gegeben wurde, ist er doch der sich über den Körper erstreckenden Verbrüfung erlegen.

Zum Abstieg der Berlinerin Fanny Bial bei Pontresina wird von dort berichtet: Die Dame hatte den berühmten Aussichtspunkt an den Muottas Muragl erstiegen, sich in dem auf dem Gipfel befindlichen Wirthshause einige Zeit aufgehalten, ihren Namen in das Fremdenbuch eingetragen und war dann in der Richtung nach Pontresina zurückgekehrt. Bei dem Abstieg hat sie, statt auf dem bequemeren, durchaus gefahrlofen Reittwege zu bleiben, die großen Annehmungen dieses Weges abbringen wollen, und ist an der steilen Bergwand hinstürzgegangen, und zwar nicht einmal auf einem der von Fußgängern im Laufe der Zeit getretenen Steige, sondern quer durch die Hänge. Dabei ist sie mit dem Kopf vornüber herabgestürzt, hat sich mit dem ganzen Körper überschlagen und das Gesicht gebrochen, so daß der Tod sofort eingetreten sein muß. Sämmtliche Schmutz- und Wertsachen der Bergsteigerin wurden, wie schon mitgetheilt wurde, bei der Leiche untersucht vorgefunden, so daß jeder Gedanke an ein Verbrechen ausgeschlossen ist. Auch die Annahme eines Selbstmordes muß nach Lage der Umstände völlig von der Hand gewiesen werden. Die Bergsteigerin, die bei ihrem gefährlichen Herabklettern nicht einmal benagelte Schuhe getragen hatte, ist lediglich das Opfer eigener Unvorsichtigkeit geworden.

Selbstmord aus Verzweiflung beging der 22-jährige Schlosser Hermann M., der bei seinem Schwager in der Stephanstraße wohnte. Als dieser am Abend heimkehrte, fand er M. in einer Kammer todt vor; er hatte sich erhängt. Die Wiederbelebungversuche seitens eines Arztes blieben ohne Erfolg. M. war längere Zeit beschäftigungslos gewesen, was ihn offenbar in den Tod getrieben hat.

Wöglich vom Tode erlöst wurde am Mittwoch Nachmittag beim Besuch des Zoologischen Gartens der 65 Jahre alte Kaufmann Hermann Kampfert aus der Melanckthonsstr. 7.

Hand an sich gelegt hat der frühere Feuerwehmann Wilhelm Löbmid aus der Lottumstraße 10 a. Der 49 Jahre alte Mann war seit sechs Jahren nicht mehr im Dienst, den er wegen seines Gemüthszustandes nicht mehr versehen konnte. Dester traten deutliche Spuren von Inzurechnungsfähigkeit an den Tag. In einem solchen Zustand verließ er am Mittwoch Morgen um 7 Uhr seine Häuslichkeit und ramte nach Schönhausen. Dort fanden ihn am Nachmittag Bauern an einem der die Chaussee begrenzenden Bäume hängend vor. Das Leben war schon aus dem Körper geschwunden. Bei ihm fand man einen Fettel, der Namen und Wohnung enthielt.

Am Riesenfernrohr in Trepion fand Mittwoch der dritte für den Verein von Freunden der Trepion-Sternwarte veranstaltete Beobachtungabend statt. Derselbe wurde durch einen optischen Experimentalvortrag des bekannten Physikers Herrn Amberg eingeleitet, in welchem zunächst die wichtigsten Geiehe über den Gang der Lichtstrahlen an sehr hübschen Versuchen vorgeführt und dann das Wesen der Spektral-Analyse mit ihrer Anwendung auf die Astronomie, ebenfalls experimentell, auseinandergesetzt wurde. Von den oft überraschend wirkenden, mit großem Geschick ausgeführten Versuchen wollen wir nur die Beleuchtung farbiger Gegenstände mit einfachem, sogenanntem homogenem Licht erwähnen, wobei sofort alle Farbenunterschiede verschwinden; roth, grün, blau etc. erlöchen, mit gelbem Natriumlicht beleuchtet, nicht mehr farbig, sondern mattgrau, ein deutlicher Beweis dafür, daß die Farben den Körpern nicht als dauernde Eigenschaften angehören, sondern daß die Körper auf manche Beleuchtung eben in bestimmter Weise ansprechen. Wie eine Stimmgabel nur anspricht, wenn der ihr eigenthümliche Ton in ihrer Nähe erklingt, so kann auch eine Farbe nur erscheinen, wenn die ihr entsprechende Lichtart auf den Körper fällt; fehlt diese Farbe, z. B. roth, im auffallenden Licht, so muß ein Körper, der nur auf roth anspricht, eben dunkel und farblos bleiben. Es giebt kaum einen andern Versuch, der das Wesen der Körperfarben so deutlich und eindringlich beweist. —

Ein anderer sehr schöner Versuch ist das Einfallen eines Lichtstrahles in eine Flüssigkeit, die nach unten zu immer schwerer wird; dadurch bekommt der Strahl eine dauernde Ablenkung von seinem Wege, so daß er einen vollständigen Bogen bildet und in gekrümmter Oberfläche zurückkehrt; hier wird er wiederum in die Flüssigkeit zurückgeworfen, die er somit in mehreren Bögen durchläuft. Mit dieser Strahlenbrechung, die auch in unserer Luft stets stattfindet, haben die Astronomen stark zu rechnen.

Eine Beobachtung des Mondspektrums mit dem Riesenfernrohr schloß den interessanten Abend ab.

Im Passagenopertium ist das neue September-Programm mit gutem Geschmaek zusammengestellt worden. Auf dem Gebiete hellerer Künste verdient der Schattenspieler Tom Vriarly genannt zu werden, der durch seine gelungenen Momentaufnahmen lebhaft zu interessieren weiß. Als moderner Zauberer stellt sich Herr Ring dem Publikum vor und beweist durch mannigfache Leistungen, daß er mit recht auf diesen Titel Anspruch machen kann. Ein ähnliches Fach füllen die Geschwister Schäfer durch die wunderliche Kunst des „Heilsehens und Gedankenlesens“ aus, wogegen die Geschwister Kinell, die Klotzns Durella und das auf rollender Kugel arbeitende Vorfrimario auf akrobatischem Gebiete Anerkennenswerthes leisten. Gut besetzt ist auch das Fach der Gesangs- und Deklamationskunst durch die russischen Sänger und Länger Borisoff, die Soubrrette Emmy Bender und den drolligen Witzdichter Paul Steinhil.

Theater und Vergnügungen. Im Schiller-Theater wird heute „Hamlet“ zum ersten Male wiederholt. — Dem Komitee zur Feier des 70. Geburtstages Leo Tolstois, dem bereits die Herren Ludwig Schulz, Dr. Benzig, Reichardt, Kothke, Karl Bolzrah, Bruno Wilke und andere angehören, sind nun noch die Herren Wilhelm Bölsche, Otto Neu-

manns-Hof, Otto Sommerhoff, Hermann Sudermann beigetreten. Die Feier wird in dem großen Konzertsale des Deutschen Hofes stattfinden. — Das Parodie-Theater in der Dantestraße ist renovirt worden und wird am 24. September mit dem Liebesdrama „Jugend“ eröffnet werden.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden wurde die Feuerwehr vielfach in Anspruch genommen. Einmal wurde ihre Hilfe auch von Tempelhof aus erbeten. Hier waren Donnerstag früh 1 Uhr, Dorfstr. 27, zwei Ställe und ein Schuppen, dem Fouragehändler Weisbach gehörig, in Brand gerathen. Die erschienenen Berliner Löschküge wirkten thätig mit eingreifen, da die anwesenden Wehren aus Tempelhof und Umgebung zur Bewältigung des Feuers nicht ausreichten. Die Gebäude wurden vollständig eingeschert, doch konnte der gesammte Pferdebestand mit knapper Noth gerettet werden. Reichstr. 12 hatte sich eine Frau beim Hautkreuz mit einem Spirituslöcher schwere Brandwunden zugezogen, so daß sie nach Anlegung eines Nothverbandes durch die Samariter der Feuerwehr nach dem Krankenhaus überführt werden mußte. Potsdammerstraße 122 war ein Zimmerbrand zu besichtigen. Möbel und Gardinen wurden beschädigt. In der Rosastr. 14 war durch eine ungelassene Petroleumlampe ein Zimmerbrand entstanden, der aber bald gelöscht werden konnte. Ein brennender Strohwagen rief die Wehre nach Uledomstr. 6. Zwei Schlauchleitungen traten in Thätigkeit, doch ging die Ladung sammt dem Wagen in Flammen auf. Mohrenstr. 12 hatte Wäsche und Paulstr. 15 der Fußboden im Bodenraum Feuer gefangen. Cuurbachstr. 37 mußte ein Kellerbrand besichtigt werden und Radersdorferstraße 62 waren brennende Betten und Kleidungsstücke abzulösen. Zweimal erfolgte Anruf am öffentlichen Melder, doch entliefen die Thäter.

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal-Niederhühnewalde. Die Parteigenossen werden ersucht, in der Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins am Samstag, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Senfleben recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Herr Ingenieur Dr. Wurm hält einen Vortrag mit Demonstrationen über die Frage: „Wie erhält man die Augen gesund?“ — Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Verachtigtes Aussen erregt in Spandau die mangelhafte Beschaffenheit des Materials, welches zu der im Bau begriffenen Kanalisationsleitung verwandt worden ist. Seit Jahren wird bereits in der Erde herumgeduldet und inzwischen haben die Straßen der Stadt ihres „vorzüglichen Pflasters“ wegen schon eine gewisse Weltberühmtheit erlangt. Die Arbeiten rücken nur langsam vor, doch hieß es in diesem Frühjahr, daß zum 1. Juli d. Js. der Kanalisationsbetrieb eröffnet werden könnte. Diese Angabe stellte sich später jedoch als un wahr heraus. Vor einigen Wochen tauchte nun plötzlich das Gerücht auf, die verwendeten Kanalisationsröhren, die zum allergrößten Theil bereits gelegt waren, entsprächen bei weitem nicht dem Lieferungsvertrage, sie seien sehr porös, ließen die Abwässer durch und zahlreiche Mägen seien unter dem Druck der auf ihnen lastenden Erde zusammengebrochen. Mehrere Untersuchungen, die inzwischen stattgefunden haben, bestätigten dieses Gerücht auch voll und ganz, und nun wird die Kröpfung des Kanalisationsbetriebes wieder gute Weile haben. Offentlich wird diese neueste Unglücksnarbe von der Spandauer Stadtverwaltung nicht so ruhig hingenommen, denn der Magistrat hatte für die ordnungsmäßige Ausführung der Arbeiten zu sorgen und mußte sich auch rechtzeitig von der Beschaffenheit des Materials überzeugen. Schließlich handelt es sich doch hierbei nicht um die Einzugsfeier eines Bataillons, sondern um einen Bau, der Hunderttausende Mark kostet! —

Vor kurzem erklärte der Herr Oberbürgermeister, als er von einem unserer Genossen in der Stadtverwaltung darüber interpellirt wurde, weshalb die Arbeiten an der Kläranlage jetzt ruhen, und ob man dem Unternehmer aus Rücksicht auf die gegenwärtige Arbeitslosigkeit im Baugewerbe etwa Frist gegeben, „die Arbeiten drängten nicht so sehr.“ Auch eine Antwort.

Der Bau einer neuen Kirche für Friedrichsberg-Lichtenberg wird von den Herren des Ortes unter Mitwirkung der Behörden auf das eifrigste angestrebt. Man hat schon kräftig gesammelt, aber nur 8588 Mark zusammen bekommen, während der Bau das nette Sänimchen von 300 000 Mark verschlingen soll. Die Sammlungen sollen nun erneuert werden und man will, wie in einer Versammlung der „maßgebenden Kreise“ Pastor Stunne sagte, möglichst keine evangelische Familie übergehen. Nach einer Mitteilung desselben Herrn hat man sich schon um die Gunst des Oberhofmeisters der Kaiserin beworben, um vorwärts zu kommen. Die Mühe, die sich die Herrschaften geben, wäre einer besseren Sache würdig. Schon lange wartet die Gemeinde auf die Errichtung eines Krankenhauses, die thatsächlich zu einem dringenden Bedürfnis in des Wortes strengster Bedeutung geworden ist, während bereits eine evangelische und eine katholische Kirche vorhanden sind und ein erheblicher Theil der wenigen Gläubigen nur fünf Minuten bis zu nächster Berliner Kirche oder neuen Himmelsburger Kirche gehen braucht.

Verbindung zwischen Niddorf und dem Südosten von Berlin. Das schon seit Jahren bestehende Bedürfnis einer direkten Verbindung zwischen Niddorf und den südöstlichen Stadtteilen Berlins, insbesondere den Gegenden um den Götlicher und Schleifgraben Bahnhöfe, hat sich in letzter Zeit derartig gesteigert, daß der Niddorfer Gemeindevorstand sich jetzt an die städtische Verkehrsdeputation mit dem Ersuchen gewendet hat, auf die Einrichtung einer solchen Verbindung Bedacht zu nehmen. Man hatte gehofft, daß durch die Einrichtung der Omnibuslinie Hermannplatz — Alexanderplatz dem Verkehrsbedürfnisse einigermaßen abgeholfen würde, doch ist diese Hoffnung nur in geringem Umfange erfüllt worden. Der untere Theil von Niddorf, und zwar die verkehrsreichsten Straßen, die Berliner- und Bergstraße mit ihrer stark bebauten Umgebung, sind von den gedachten Stadijgegenden Berlins noch immer abgetrennt, welchem Uebelstande nur durch eine direkte Bahnverbindung abgeholfen werden kann. Das Verkehrsbedürfnis zwischen den beiden Gegenden ist schon dadurch anerkannt worden, daß vor 4 Jahren beim Bau der Kammerstraße der Landwehrkanal überbrückt wurde und die nachmalige Ueberbrückung desselben im Zuge der Grünauerstraße jetzt ausgeführt werden wird.

Auf dem Himmelsburger Gänsemarkt, der jetzt täglich stattfindet, geht es so lebhaft zu, wie um diese Zeit kaum in einem Jahre zuvor. Der Antrieb, der seit Mitte August einen großen Umfang angenommen hat, steigert sich an den beiden Haupt-Markttagen, die auf den Montag und Donnerstag jeder Woche fallen, immer noch. So sind am Donnerstag in Himmelsburg dreißig vollbeladene Gänsetransportwagen angekommen. Da nun jeder dieser Wagen nicht weniger als 1800 Gänse enthält, so belief sich der gestrige Antrieb auf fast 40 000 Gänse. Hauptkäufer dieser durchschnitlich acht bis neun Pfund wiegenden Thiere sind die Wäster, in deren Anstalten die Gänse sechs bis acht Wochen bleiben, um dann als Fett- und Vollgänse wieder auf den Markt gebracht zu werden.

Ein größeres Feuer hat gestern Abend in Tempelhof und zwar in der Dorfstr. 27 stattgefunden. Die Tempelhofer Feuerwehre war sofort zur Stelle und entfaltete eine energische Thätigkeit; auch waren die benachbarten Wehren aus Mariendorf und Rantow zur Hilfeleistung eingetroffen; desgleichen die Schöneberger und Berliner Feuerwehre. Letztere gab mit einem Hoch die Hilfe und so war es der geeinten Thätigkeit gelungen, das Feuer, das einen Schuppen und Stallungen ergriffen hatte, in denen größere Futtervorräthe lagerten, auf seinen Herd zu beschränken, was bei dem herrschenden Winde nicht leicht war.

Gerichts-Beilage.

Wegen Beleidigung eines Bezirksvorstehers hatte sich gestern der Arbeiter August Kühn vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der in der Rheinbergstraße wohnende Barbier Engel ist gleichzeitig Bezirksvorsteher und auch mit Redereien betraut, wenn es sich um Unterstützungsgesuche handelt. Der Ange-

klagte scheint der Ansicht gewesen zu sein, daß Herr Engel ihm nicht besonders wohl wollte, sondern seine aus dem ihm zugänglichen Personalakten stammende Kenntniß dazu benutzte, um ihn öffentlich schlecht zu machen und in seinem Charakter zu verrothen, daß er, der Angeklagte, wiederholt vorbestraft sei. Engel bestritt dies. Eines Sonntags stellte der Angeklagte sich vor den Laden des Bezirksvorstehers und richtete eine Reihe grober Schimpfworte gegen den Jungen. Wie letzterer behauptete, haben sich im Ru mehrere hundert Personen angesammelt gehabt. Der Angeklagte habe eine Art Volkstede gehalten, die mit dem Satz geendigt habe: „Genossen, dieser Mann ist nicht Mitglied unserer Partei, wer das Partei-Interesse im Auge hat, läßt sich bei solchem Manne nicht mehr raufen!“ Herr Engel behauptet, daß diese Worte aus ihrem Erfolg gehakt und mehrere in seinem Laden anwesende Arbeiter veranlaßt hätten, sofort das Lokal zu verlassen. — Der Angeklagte verblieb dabei, daß nach seiner Meinung der Junge das Antzugesinnlich nicht gewahrt und ihn dadurch sehr gereizt habe. — Der Gerichtshof glaubte, daß bei der Größe des Erzeßes eine Geldstrafe nicht am Plage sei, verurtheilte vielmehr den Angeklagten zu einer Woche Gefängniß.

Veranstaltungsrecht und Verfrömmungsverordnung. Die Oberpräsidialordnung für die Provinz Westfalen vom 28. Juli 1897 bestimmt gleich ähnlchen Verordnungen für andere Provinzen, daß öffentliche Versammlungen und Aufzüge, die nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, erst nach der Abhaltung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen. Wo der Gottesdienst nachmittags abgehalten wird, dürfen Versammlungen erst nach diesem, spätestens aber nach 3 1/2 Uhr, vor sich gehen. Wegen Vergehens gegen diese Bestimmung wurde der Einrufer und Leiter einer öffentlichen Versammlung, die in Dohum eines Sonntags Vormittag nach 10 1/2 Uhr tagte, angeklagt. Das Schöffengericht sprach indessen den Angeklagten luthan frei, indem es die Polizeivorschrift des Oberpräsidenten für recht ungültig erklärte. Das Landgericht in Dohum verurtheilte ihn aber darauf zu einer Geldstrafe, wogegen luthan das Rechtsmittel der Revision ergriff. Er machte geltend, die in betracht kommende Bestimmung der Oberpräsidial-Verordnung verstoße gegen die preussische Verfassung, die das freie Versammlungsrecht gewähre, und sie sei auch deshalb ungültig, weil das Vereinsgesetz von 1850 eine derartige Beschränkung der Ausübung des Versammlungsrechtes nicht vorsehe. Weitergehende Beschränkungen, wie die im Vereinsgesetz enthaltenen, seien auf keinen Fall zulässig. Und im übrigen läre doch nicht jede öffentliche Versammlung die Sonntagshaltung. Das Kammergericht wies gestern die Revision mit folgender Begründung zurück: Die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten stehe mit den Art. 29 u. 30 der Verfassung, die das Versammlungsrecht betreffen, nicht in Widerspruch, denn die Verfassung lasse eine Regelung der Ausübung der Versammlungsfreiheit zu. Das Vereinsgesetz habe nun eine solche Regelung gebracht, aber nur so weit, wie die öffentliche Sicherheit in Frage komme. Die Verfassung und dieses Gesetz schlossen jedoch eine weitere Regelung der Ausübung der Versammlungsfreiheit nicht aus. Sie könne noch aus manchen anderen Gesichtspunkten, wie dem der öffentlichen Sicherheit, erfolgen, insbesondere aus den der äußeren Heiligung der Sonntags- und Feiertage im Sinne der Kabinettsordre vom 7. Februar 1837. Alle Versammlungen, welche geeignet seien, die äußere Heiligung der Sonntags- und Feiertage zu stören, könnten verboten werden. Das sei hier nur geschehen. Somit liege ein Verstoß gegen das Vereinsgesetz ebenfalls nicht vor.

Eine kleine Keibelerei auf einem Banplatze beschäftigte gestern Stundenlang die erste Ferien-Strassengericht II. Auf zwei nebeneinander liegenden Neubauten in der Neusterstraße zu Niddorf arbeiteten die beiden Angeklagten, die Maurer Joseph Thiele aus Niddorf und August Koswig aus Berlin. Auf demselben Banplatze arbeitete der Maurer Ritsche, der hier die Stelle eines Witz-Poliers versah. Koswig will noch Arbeitslohn von einem früheren Neubau von Ritsche, der damals Polier war, zu kriegen gehabt haben. Am 1. Dezember während der Mittagspause erzählte Koswig dem Thiele davon und sagte schließlich zu diesem: „Komm mit, ich werde ihn gleich einmal nach dem Gelde fragen, da kannst Du hören, was er sagen wird.“ Beide näherten sich dem Ritsche und Koswig frag, wie es mit dem Gelde stehe, das er noch zu kriegen habe. Ritsche sagte: „Wenn Du von mir Geld zu kriegen hast, dann mußt Du mir etwas Schriftliches vorzeigen können.“ Koswig erwiderte: „Ach was, Schriftliches! Wir haben Dich ja noch nicht nach Deinen Papieren gefragt. Zeig doch einmal Deine Streikarte her!“ Nach der Behauptung der Angeklagten habe nun Ritsche geantwortet: „Ich zeige meine Papiere nicht jedem Lummel!“ gleichzeitig habe derselbe einen Spaten ergriffen und sei auf sie eingedrungen, da hätten sie ihm dann je einen Stoß mit der Hand gegeben. Ritsche stellt die Sache anders dar. Er bestritt, von „Lummeln“ gesprochen oder einen Spaten in der Hand gehabt zu haben, Koswig habe ihm zugerufen: „Wenn Du in meine Nähe kommst, schlag ich Dich todt! Dann seien beide auf ihn zugegriffen und hätten ihn mit Häufen ins Gesicht geschlagen, so daß er blutete und in die Knie sank. Da der Polier in demselben Moment zur Arbeit pfiß, hätten die Angreifer von ihm abgelaufen. Dieser Widerspruch zwischen den beiderseitigen Angaben ließ sich durch die unangenehme Weischaufnahme nicht völlig auflösen, Rechtsanwalt Hergfeld plädierte daher mit Wärme für Freisprechung, der Gerichtshof nahm zwar bei den Angeklagten gemeinschaftliche Körperverletzung an, billigte aber mildernde Umstände zu. Bei Koswig kam noch die Bedrohung hinzu und so wurde dieser zu 40 Thiele zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt.

Lebhafte Meinungsverschiedenheiten zwischen Schreibsachverständigen zeigten sich bei der Verhandlung einer Anklage wegen wissentlich falscher Anknüpfung, die gestern zum dritten Male die dritte Ferien-Strassengericht des Landgerichts I beschäftigte. Die Angeklagte Frau Pauline Buchholz, geb. Gebhardt, lebt mit der Wittve Mattia in ausgesprochener Feindschaft, die sich in anonymen Briefen wiederholt Luft gemacht hat. Sie ist auch schon wegen Beleidigung der Frau Mattia zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Am Tage nach ihrem Straftritt lief bei der Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts eine Strafanzeige gegen Frau Mattia ein, in welcher diese aller möglichen Schandthaten beschuldigt wurde. Es wurde behauptet, daß sie ihren Mann, den im September vorigen Jahres verstorbenen Tischlermeister Mattia, vergiftet und schon seit Jahren verkrüppelt habe, ihn durch vergifteten Schnaps ums Leben zu bringen, daß sie ihre Kinder zum Stehlen angehalten und geduldet habe, daß die gestohlenen Waaren nächstlicher Weile in ihrer Wohnung verarbeitet wurden, daß sie das Vermögen ihrer Mutter an sich gerafft und ihre Geschwister darum gebracht, daß sie einem Herrn eine große Geldsumme unterschlagen habe u. s. w. u. s. w. Die Strafanzeige trug die Unterschrift „Wittner und Adolf Schmidt“, sie wurde aber von der Frau Mattia auf ihre Original-Heidin Buchholz zurückgeführt und deshalb wurde gegen diese die Anklage erhoben. Die Angeklagte bestritt in zwei vorangegangenen Terminen und auch gestern wieder, die Anzeigen geschrieben zu haben oder etwas von ihrem Inhalte zu wissen, sie wurde aber von der vereidigten Schreibsachverständigen Frau Prof. Dillos schwer belastet. Das Gutachten der letzteren ging mit aller Bestimmtheit dahin, daß die Angeklagte die Strafanzeige geschrieben habe. Der Gerichtshof beschloß in einem früheren Termin, in der Person des Sekretärs Kitzler noch einen Schreibsachverständigen hinzuzuziehen, schließlich trat auch noch der Schreibsachverständige Rechnungsrahm Junge in die Schar. Die beiden letzteren traten dem Gutachten ihrer Kollegin entschieden entgegen. Sekretär Kitzler behauptete, daß die Angeklagte nicht die Schreiberin der Anzeige sei, der Sachverständige Junge ging noch weiter und behauptete die volle Unmöglichkeit, daß das unter Anklage stehende Schriftstück von der Hand der Angeklagten herrühren könne. Frau Professor Dillos verkehrte dem gegenüber unentwegt bei ihrem Gutachten, zu welchem sie auf dem Wege graphologischer Beobachtung und eingehender Schriftvergleichung gekommen zu sein erklärte. Es entwickelte sich im Gerichtssaale ein ziemlich lebhaftes graphologisches Schmaritzel,

bei welchem man versucht wurde, ein Wort des Nephthosphetes in kleiner Veränderung dahin anzuwenden: „Der Grapholog, der tritt herein und beweist Euch, es müßt so sein: das Erst' war so, das Zweite so, und drum das Dritte und Vierte so, und wenn das Erst' und Zweit' nicht war, das Dritt' und Viert' war' nimmermehr.“ Die Gutachten der Sachverständigen ähnten auf die mitwirkenden Faktoren der Nephthosphetie eine grundverschiedene Wirkung aus: während der Staatsanwalt die Angeklagte auf grund des Gutachtens der Frau Prof. Dillos für überführt erachtete und ein Jahr Gefängniß beantragte, hielt der Vertheidiger, der der Kunst der Schreibsachverständigen überaus sichtlich gegenüberstand, dieses Gutachten für etwas phantastisch und suchte nachzuweisen, daß die beiden anderen Gutachten den Vorzug verdienen. Der Gerichtshof vermochte auf so unsicherer Grundlage nicht zu einer Verurteilung der Angeklagten zu kommen, erkannte vielmehr auf kostenlose Freisprechung derselben.

Die Frage, ob der Aufschlag der im Einzelverkauf abgegebenen Margarine die Umschrift „Margarine“ und den Namen des Verkäufers in schwarzer Schrift auf hellem Untergrunde enthalten müsse, hatte gestern das Kammergericht zu entscheiden. Dem Händler Schmidt wurde ein Vergehen gegen das Margarinegesetz vom 15. Juni 1897 vorgeworfen, weil er im Einzelverkauf Margarine in Umhüllungen, die die gesetzlich vorgeschriebene Aufschrift in gelber Schrift enthielten, abgegeben hatte. Das Landgericht verurtheilte ihn in zweiter Instanz zu Geldstrafen. Dagegen legte Sch. Revision ein und machte geltend, die auf grund des angezogenen Gesetzes erlassene Bekanntmachung des Reichszanlers vom 4. Juli 1897 schreibe eine aufgemalte oder eingebraunte schwarze Umschrift nur für die im Engrosverkauf benutzten Gebinde vor, nicht aber für die Papierumhüllung kleiner Mengen. Schon das in der Bekanntmachung angewandte Wort „aufmalen“ spreche dagegen. Das Kammergericht erklärte aber die Revision für unbegründet und führte aus, der Vorderichter habe keinen Rechtsirrtum begangen, wenn er die fragliche Vorschrift der Ausführungsverordnung des Reichszanlers auch auf die im Einzelverkauf benutzten Umhüllungen bezog. Die Umschrift „Margarine“ müsse in jedem Falle schwarz sein, ebenso der beigefügte Name des Verkäufers.

Eine exemplarische Strafe verhängte das Niddorfer Schöffengericht über den Arbeiter August Conrad daselbst, welcher sich wegen Beleidigung seiner 16jährigen Stieftochter zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte das junge Mädchen mit unzüchtlichen Anträgen verfolgt und als es dieselben entrißet zurückwies, in Gegenwart des Mädchens eine unzüchtige Handlung begangen, die sich nicht abweisen läßt. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einem Jahr Gefängniß. Der Angeklagte wurde wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Eingelaufene Druckchriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns worden die Nr. 15 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Bekanntmachung des Parteivorstandes. — Aufsat: der Vertrauensperson. — Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen. I. — Aus der Bewegung. — Aus den Berichten der preussischen Gewerbeinspektion für 1897. Von Henriette Fürth. — Heiligkeit: Die Gleichheit von Reich und Thür in der Gesetzgebung des Mittelalters. (Schluß). — Der Bekker von Turgenjeff. — Reichthum von Alty Braun und Mars Petrus: Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Weltliche Fabrikinspektoren. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Berliner Arbeitervereine: Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Bude, Grenadierstr. 33, abends 8 1/2 Uhr. Unentgeltlicher Rath wird ertheilt!

Im Norden Berlins: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abends von 7—9 Uhr: K. Dachsne, Demminstr. 36, v. 3 Tr. R. Wetzell, Wiesenstr. 29a, von 8—9 Uhr abends. F. Wiesel, Gartenstr. 55, v. 2 Tr. E. Simonowitsch, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. M. Stuhlmann, Oberbergstr. 37, 4 Tr., von 8—9 Uhr abends. A. Tamm, Poststr. 6, von 8—9 Uhr abends. K. Wöigt, Wiesenstr. 41/42. E. Wark, Kolbergerstr. 7, von 8—7 Uhr abends. P. Reimann, Bellermaunstr. 88. F. Krause, Gartenstr. 13, 2. Eing. port. — Für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Streifenstr. 58. H. Zapp, Schulstr. 59, von 7 bis 8 Uhr abends. W. Wöhs, Schweinmühlerstr. 64, vom linker Aufgang.

Im Osten: Für Invaliditäts- und Altersversicherung: E. Bader, Or. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr. — Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: K. Schöy, Hofmarktstr. 90 I.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schalkhoff, Michaelstr. 18. — Für Invaliditäts- und Altersversicherung: W. Kühne, Wiesenstr. 1.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: H. Stagemater, Grünstr. 39. — Für Invaliditäts- und Altersversicherung: B. Keller, Niddorf, Panierstr. 58, Hof part. E. Guse, Tempelhoferstr. 4.

Im Süd-Westen: Für Unfallversicherung: G. Hünel, Solmsdr. 44. Im Nord-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: M. Stephan, Cuxhofenerstr. 2. — Für Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Rehdien, Kolhoferstr. 43.

Im Nord-Osten: Für Unfallversicherung: E. Pöfller, Wabjanstr. 15, Hof part. (abends 8 Uhr). G. Gantzer, Greifswalderstraße 8, II. Etz.

Im Centrum: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Sattler, Al. Hamburgerstr. 2.

Bei sämtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7—9 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Briefe (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antworten werden nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum Ablauf der Gerichtsferien Montag und Donnerstag von 7 bis 8 Uhr abends statt.

Freiburg, 9. 9. 1898 entlassen in England die ersten Briefmarken und Briefumschläge, welche nach und nach in allen Ländern eingeführt wurden. 2. Kleinste Briefmarken sind gebunden 3,20 M. Das Verlo kostet 50 Pf.

N. 6. 56. Diese Sprechstunde besorgt Ihnen die Buchhandlung Vorwärts, Waisenstr. 2, p.

N. 2. Thron. Ihr Vorschlag ist durch die Hamburger Beistelle erledigt.

N. 9. 23. Wir würden Ihnen empfehlen, sich von der Metallarbeiter-Organisation einen zuverlässigen Berufscollegen in Amerika namhaft machen zu lassen. Wir sind nicht in der Lage, diese Fragen sicher zu beantworten.

N. 9. 13. 1. Theaterverein „Helgoland“ tagt Ackerstr. 144. 2. Die Papiere müssen auf Verlangen bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses ausgedrückt werden. 3. Nein.

N. 9. 46. Im Jahre 1887.

Provinz Brandenburg. 1. Auf im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein. 2. Als entzogene Strafen gelten Nachtarbeit oder Gefängnisstrafe mit Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. 3. Ja. 4. Ohne Anfordernng des Beamten haben Sie das nicht nötig, doch sind Sie verpflichtet, auch nach Schluß der Versammlung dem Beamten des Beamten Rechnung zu tragen.

Witterungsübersicht vom 1. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hmb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. u. d. g. ° C	Stationen	Barometer hmb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. u. d. g. ° C
Stettin	761	SW	6	kl. bed.	12	Danzig	752	SW	2	Regen	12
Dresden	760	SW	5	kl. bed.	13	Petersburg	755	SW	2	wolkig	11
Berlin	764	SW	6	Regen	11	Kort	772	SW	2	kl. bed.	13
Wiesbaden	771	SW	2	kl. bed.	11	Aberdeen	767	SW	2	kl. bed.	13
München	771	O	1	heiter	11	Paris	—	—	—	—	—
Wien	766	SW	2	bedeckt	14	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Freitag, den 2. September 1898.
Etwas wärmer, trocken und ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 2. Septbr.:
Opernhaus. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. 1812. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Johanna. Anf. 7 1/2 Uhr.
Veßing. König Heinrich V. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Kaiser Heinrich. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Domlet. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nissen. Seine Puppe. Hierauf: Entdeckt. Anfang 8 Uhr.

Friedrich. Wilhelmshändel'sches. Weichseln.
Alexandersplatz. Demi-Monde. Anfang 8 Uhr.
Velle-Milance. Ueber Band und Meer. Anfang 8 Uhr.

Ostend. Kean, oder: Leidenschaft und Geiz. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Raimund'sche Aufführung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.

Jubiläumstraße 57/52. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Nyello. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag:
Hamlet.
Sonabend:
Hamlet.
Sonntag:
Hamlet.

Central-Theater
Direktion: J. Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Ehefrau. Weichseln.
Operette in 3 Akten v. Owen Hall. Musik von Edwin Jones. Deutsch von C. R. Höber und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Dr. Kapellmeister C. Goldmann. Rosen-Gründung 1/2, Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Die Geisha.

Ostend-Carl Weis-Theater.
Gr. Franziskanerstr. 132.
Kean,
oder: Leidenschaft und Geiz.
Schauspiel in 5 Akten nach dem Französischen des Alex. Dumas von A. Barab.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugs-Billets haben Gültigkeit. Sonabend: Die ist wahnsinnig. Der Geismacher von Cremona. Sonntag nachm. (N. Preis): Hero und Leander. Abends: Dorf und Stadt. Dienstag, 3. Male: Schlacht bei Wittwa. Anfangsbillette in 3 Akten v. D. Handl. Bearbeitet von S. Dill. Musik von Steffens.

Ostend-Theater-Konzert-Garten:
Neue Spezialitäten, neues Programm. Anfang 8 1/2 Uhr.
Passé-partouts haben Gültigkeit. Sonabend: Leichtes Sommerachtsfest.

Metropol-Theater.
Behrenstraße 55-57.
Direktion: Richard Schulz.
Sonabend, den 3. September 1898
Eröffnungsvorstellung
In dem glänzend renovierten Hause. Nobilität. Zum 1. Male: Nobilität. Das Paradies der Frauen. Gr. Ausstattungsgeselle mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern mit vollständig freier Vermählung von Mann u. Weib. Madame Satan von Jul. Freund. Musik von Jul. Einödhofer u. Breit. Sänger. In Szene gesetzt vom Dir. Richard Schulz. Der choreographische Teil v. Balletmeister Louis Hundlich. 1. Bild: Der Brief des Paris. 2. Bild: Bei Verdon. 3. Bild: Ein Tisch auf der Nonne. 4. Bild: Ein Zylinder-Rummel. 5. Bild: Eine Schächerhand. 6. Bild: Eva's Vermählung. (Ballet.)

Zu 2. Bilde:
Puppenballet, ausgef. v. 36 Kindern. **Die Moden des Jahrhunderts.** Ballet, ausgeführt von 60 Damen. a) Directoire, b) Empire, c) Restaurationszeit, d) 1830, e) Die Kreoline, f) Modern, g) Mode der Zukunft. Zu 6. Bilde:
Eva's Vermählung. Gr. Ballet, ausgef. von 80 Damen mit großer Apotheose. Vorderauf von heute ab an d. Kaffe t. Metropol-Theaters, Behrenstr. 55/57. Telefon: Nr. 2138. Amt I.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich.
Historisches Lustspiel in 1 Akt von Döppelheim.
Liedje in Italien.
Komisches Singpiel in 2 Bildern von Fritz Walden. Musik von H. Ziehe. Im Saal: Ball.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matherhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/52:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:
Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Auftritt der Hellscher Geschwister Schaffer zum ersten Mal in Deutschland und des ges. Künstlerpersonals.



Castan's Panoptikum.
Major Graf
Neu!! Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

Inisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Seine Puppe.
Vollständig in 3 Akten nach dem Französischen v. Max Schönaa. Musik von Fritz Krause. Hierauf: Auftritten des ersten deutschen Verwundungschwunders A. Angelotti in seiner Tragikomödie:
Entdeckt!
(4 Personen dargestellt v. A. Angelotti, zum Schluss: Sinfonia Cosmopolita. Musikalischer Scherz von A. Angelotti. Sonntag: Nachmittags 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen: Othello, der Rode von Benedig. - Vorverkauf in den mit Plakaten belegten Verkaufsstellen.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 118.
Otto Reutter
Consuelo Tortajada
Les Minstrels Parisiens
und 15 hervorragende Debutts.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Victoria-Brauerei.
Heute, den 2. September:
Fest-Soirée
der
Stettiner Sänger
(Weibel, Vieto, Britton, Stehl, Arene, Nöhl, Schneider und Schrader).
Anfang 8 Uhr.
Entrée 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.
Nach der Soirée:
Tanzkränzchen
Sonabend, 17. Sept.:
Erste Soirée
in den Reichshallen
(im großen Theatersaal).



Prater-Theater,
Kassanlen-Allee 7/9.
Schloss Trautenstein.
Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Akten. von Hugo Schütz. Musik von K. Kerker. Berg-Trio, künstlich-gemalteter Vespouci. Die 3 Forleys, sächsische Exzentriker. Gehr. Milano, Grottesquer-Duetten. Ely Viola, Kolossalour. Mr. Ranella, Reuttschundensch. Max Theo, Gondolierbrist. Jan and Jim, Anodellon. Morley, Fata Morgana. Ballet, Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nem. Platz 50 Pf. Halb.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Samstags, 3. Septbr. 1898:
Wiedereröffnung
des neu renovierten
Riesen-Theaters.
Gr. Fest-Vorstellung
Auftritten des neu engagierten
Spezialitäten- und Schauspiel-Personals.
Neu! Zum 1. Male: Neu!
's ist unheimlich!
Original-Barbesse mit Gesang. Hauptrollen: Winkler und Fröbel.
Anf. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr.
Entrée 50 Pf. bis 1 M. 50 Pf.
Billet-Vorverkauf mittwochs von 11-1 Uhr.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Strasse 97.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neu! Novität! Neu!
Unser Auge.
Bosse mit Gesang v. E. Braune.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 20 Pfennig.
Sonntags 40 Pfennig.
Die Direktion: Aug. Kollig.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43
Direktion: Richard Winkler.
Sonabend, den 3. September:
Eröffnung!
Gr. Fest-Vorstellung
des durchweg neuengagierten Schauspiel- u. Spezialitäten- Personals.
Wochent. 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Kaiserplatz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei unangenehmem Wetter finden die Vorstellungen im großen Saal statt.
Recht neuerbauten Festsaal stehen Vereinen zur Verfügung.

Konzerthaus Sanssouci
Kottbuserstr. 4a. Auf: H. Pierry.
Sente: **Gr. Extra-Vorstellung**
Auf. 6 Uhr. Ball. Entrée 30 Pf.
Von Donnerstag, 1. Septbr. ab: Beginn der Wintersaison. Zum 1. Male:
Ihre Familie.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von Georg Engel und Stinde. Die Vorstellungen finden nur Dienstag, Donnerstag u. Sonntag statt.

Achtung! Rabikspanner und Berufsgen.
Sonntag, den 4. September, vorm. 9 Uhr:
Morgensprache
bei Herrn Ludwig Lang, Dackowerstraße 9.
Um Erscheinen sämtlicher Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Schweizer Garten.
Am Königs-Thor. Am Friedrichshorn.
Haltstelle der Ringbahn. Haltstelle der Ringbahn.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im grossen Saale:
Damentanz und Ball.
Jeden Abend: Die Frauen-Garde. Gr. Ausstattungs-Barleske mit Gesang und Tanz.
Den Vereinen empfohlen wir für die Wintersaison unsere renovierten, 300 bis 800 Personen fassenden Säle zu ihren Privatfestlichkeiten.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Nur noch kurze Zeit!!!
CARL HAGENBECK'S INDIEN.
Sonntag, den 4. September, nachm. 8 Uhr 30 Min. in der Arena:
Erster grosser Ringkampf
zwischen dem indischen Ringer Mhabool Khan vom Hofe des Fürsten von Boladschistan und dem Berliner Ringkämpfer Herrn F. Böttcher, Mitglied d. Ringssportvereins „Willy Haus“.
— Dauer des Ringkampfes 15 Minuten. —
Schaustellungen in der Riesen-Arena: 4, 6, 8 Uhr. Schluss der 6 Uhr-Schaustellung: **Brahminen-Hochzeit.**
Entrée 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Bekanntmachung.
S. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse d. Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
Artikel I.
Im § 21 ist im ersten Absatz der Satz: „die ärztliche Behandlung u. l. w. bis angehörenden Arzt“ zu streichen. An dessen Stelle tritt:
Die ärztliche Behandlung durch die Mitglieder desjenigen Ärztevereins, welchem die Kasse dieselbe durch Vertrag übertragen hat. Ferner ist das Wort „Kassenarzt“ in allen vorkommenden Fällen durch das Wort „Arztvereinsarzt“ zu ersetzen.
Artikel II.
Der dritte Absatz des § 51 wird gestrichen.
Artikel III.
Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 25. Mai 1898.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse des Gewerbes der Ladrer zu Berlin.
F. B. D. Runge, Vorsitzender.

Parteigenossinnen und Genossen
des
Reichstags-Wahlkreises Niederbarnim.
Sonntag, den 4. September, mittags 12 Uhr:
Kreis-Versammlung
bei Herrn Weigel, Rummelsburg, Türschmidtstraße 45
(Ecke Goethestraße).
Tages-Ordnung:
1. Bericht und Abrechnung von der Reichstagswahl. 2. Brandenburger Provinzial-Konferenz. Anträge und Wahl der Delegierten zu derselben. 3. Berichtigen wir uns an den Landtagswahlen? Berichtshafter Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen. 4. Stellungnahme zum Eintritte der Partei, Anträge und Wahl der Delegierten zu demselben. Berichtshafter Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen.
Die Vertrauensmänner der anwesenden Ortschaften werden dringend ersucht, Deputationen zur Versammlung zu entsenden.
Die Versammlung ist von großer Wichtigkeit und werden daher nochmals die Parteigenossinnen und Genossen um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.
Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Genie, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Seuthstraße 20-22:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
und Berufsgenossen Berlins u. Umgegend.
Am Sonnabend, den 3. September, in den „Oranienhallen“, Oranienstraße 61:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Billette zum **Stiftungsfest** zur Ausgabe gelangen. Dasselbe findet am Sonnabend, den 21. September, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, statt.
Der Vorstand.

Tischler-Verein.
Sonnabend, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, Reichstraße 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Besprechung über die Herrenpartie, Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billette zur Urania zum 11. September, 1 Uhr.
Der Vorstand.

Achtung! Putzer. Achtung!
Central-Verband der Maurer Deutschlands und verwandter Berufsgenossen (Zahlstelle Berlin I Unter).
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 4. September, vormittags 11 Uhr.
Im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Rudolf Millarg**. 2. Vereinsangelegenheiten.
Da der Genosse Millarg einen recht wissenschaftlichen Vortrag auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung halten wird, so ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.
Der Bevollmächtigte.

Verein deutscher Schuhmacher (Schäftebranche)
Filiale V.
Sonnabend, den 3. September, abends 9 Uhr:
Versammlung
bei Wilke, Andreasstraße 26.
Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: Hypnotismus.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Berlin I.
Sonntag, den 4. September, vormittags 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Feuerstein's Salon (oberer Saal), Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Die Anbahnung der einzelnen Kollegen gegenüber der Organisation. 2. Wo halten wir in Zukunft unsere Versammlungen ab? 3. Verbandsangelegenheiten.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß nur von 9 1/2 bis 11 Uhr daselbst faßt wird.
Die Ortsverwaltung.
Karl Heldmann, 1. Bevollmächtigter, Rixdorf, Bietzenstr. 25, 2 Tr.

Verein der Bauanschläger
Berlin und Umgegend.
Sonntag, 4. September, vormittags 11 Uhr, bei Herrn Buske, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Beschlußfassung über Vorstands-anträge. 3. Antrag Dohow. 4. Beschließenes und Fragekasten.
Beiträge werden nur in der Zeit von 10-11 Uhr entgegengenommen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Textilarbeiter!
Sonntag, den 4. September 1898, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Stechert (früher Jost), Andreasstraße 21:
Öffentliche Versammlung
aller in der Färberei beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen
Berlins.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Albin Reichelt** (Burgstraße) über: „Erfüllt die Gewerkschaftsorganisation trotz der zusehends wachsenden Macht des Unternehmertums immer noch im vollen Maße ihre Aufgabe?“ 2. Diskussion. 3. Beschließenes. 1897/9.
Für Befragung der Unkosten findet Teilerhebung statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Max Klem's Sommer-Theater,
Gosenshalde 14/15. - Künstlicher Vetter: Paul Milbits.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen besten Schwestern und Affen. **Alle, Ernst, Arletta, Miss Ophelia's** dreifache Komödie. **Pepe und Pepino, The Picard's, Neu! Das Gänse-gretel,** Volksstück in 2 Bildern von Eigner. - **Neu! Wenn Frauen weinen,** Lustspiel.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Max Klem.

Max Klem's Sommer-Theater,
Gosenshalde 14/15. - Künstlicher Vetter: Paul Milbits.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen besten Schwestern und Affen. **Alle, Ernst, Arletta, Miss Ophelia's** dreifache Komödie. **Pepe und Pepino, The Picard's, Neu! Das Gänse-gretel,** Volksstück in 2 Bildern von Eigner. - **Neu! Wenn Frauen weinen,** Lustspiel.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Max Klem.

Max Klem's Sommer-Theater,
Gosenshalde 14/15. - Künstlicher Vetter: Paul Milbits.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen besten Schwestern und Affen. **Alle, Ernst, Arletta, Miss Ophelia's** dreifache Komödie. **Pepe und Pepino, The Picard's, Neu! Das Gänse-gretel,** Volksstück in 2 Bildern von Eigner. - **Neu! Wenn Frauen weinen,** Lustspiel.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Max Klem.

Max Klem's Sommer-Theater,
Gosenshalde 14/15. - Künstlicher Vetter: Paul Milbits.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen besten Schwestern und Affen. **Alle, Ernst, Arletta, Miss Ophelia's** dreifache Komödie. **Pepe und Pepino, The Picard's, Neu! Das Gänse-gretel,** Volksstück in 2 Bildern von Eigner. - **Neu! Wenn Frauen weinen,** Lustspiel.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Max Klem.

Max Klem's Sommer-Theater,
Gosenshalde 14/15. - Künstlicher Vetter: Paul Milbits.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen besten Schwestern und Affen. **Alle, Ernst, Arletta, Miss Ophelia's** dreifache Komödie. **Pepe und Pepino, The Picard's, Neu! Das Gänse-gretel,** Volksstück in 2 Bildern von Eigner. - **Neu! Wenn Frauen weinen,** Lustspiel.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Max Klem.

Max Klem's Sommer-Theater,
Gosenshalde 14/15. - Künstlicher Vetter: Paul Milbits.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen besten Schwestern und Affen. **Alle, Ernst, Arletta, Miss Ophelia's** dreifache Komödie. **Pepe und Pepino, The Picard's, Neu! Das Gänse-gretel,** Volksstück in 2 Bildern von Eigner. - <



für Güte ausgehen, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.

Knabenstiefel n. 0,75 M. an
Herrenstiefel „ 1,25 „ „
Cylinderhüte „ 4 „ „
Einschnürhüte 1 „ „ „
Pflüschhüte „ 6,50 „ „
Chapeaux claque n. 8 „ „
9 „ u. 10 „ „
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
Gut-Engros-Geschäft
Waldeemarstr. 44, pt.
Rein Laden.

Rein-Aluminium-Zahnersatz

Reichspatent. - Aml. geschützt.

Bitte zur Notiznahme, dass ausser mir Niemand in Berlin und Umgegend diese patentierten Gebisse anfertigen darf. Bestes System der Gegenwart. Federleicht und dünn.

Reichspatent - Aml. gesch. **Rein Aluminium-Gebisse.** Garantiert ausgeschlossen.

Ein Zerbrechen der Gaumenplatte ist bei diesen vom Reichspatentamt geschützten Gebissen garantiert ausgeschlossen.

Institutspreis! Beliebige Teilzahlung! Sprechstunden: 9-12, 3-5, Sonntags 9-11 Uhr. **Telephon III. 3014.**

Institut für Zahnleidende.

Dr. chir. dent. Herm. Herold, american. Dentist,
Elsasserstrasse 92, 1 Tr. (Rosenth. Thor)

Künstliche Zähne unter Garantie der Brauchbarkeit.
Neu! Schmerzloses Zahnziehen und Plombiren!
Gebisse ohne Gaumenplatte, D. R.-Patent No. 93 522.

Rein Aluminium-Gebisse. Bestes System der Gegenwart. Federleicht und dünn. Garantiert ausgeschlossen.

Telephon III. 3014.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilversgehofen

Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.

Wir empfehlen:

Herren-Zugstiefel, gewalzt, Spezialität, 7 M.
" " " ohne Nahl, Zpielgel 8,50 M.
" " " Befest. u. Knopfverfertigung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
" **Agraffenstiefel**, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellerschuhe** in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitschuhe, reell, solid, haltbar, 4,50 bis 6,50 M.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
" **Knopf- u. Schnürstiefel**, elegant, mit Befest. u. Knopf, von 5,50 M. an.
" **Schnürschuhe** von 3,50 M. an.
" **Hauschuhe** von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, außerst solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an. Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen**, sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung ausgeschlossen.

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.
W., Schiffstr. 12.
Zehlendorf, Heiligsandstr. 14.
Gannover, Ringstr. 7a.
Hamburg, Steinstr. 16.
Bremen, Paulenstr. 75.
Düsseldorf, Schadowstr. 57.

Köln a. Rh., Eigelstein 86.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 20.
München, Sendlingerstr. 10.
Dachauerstr. 83.
Friedrichstr. 7.
Domboldstr. 22.
Amalienstr. 28.

Flora-Säle
1000 Perf. Fass. Elektr. Beleuchtung.
Besitzer: Bernh. Neff, Weberstr. 17.
Sonnabend gratis zu vergeben. 1*

Buske's Säle, Grenadierstr. 33.
Empfehle meine schönen Säle, große und kleine Belegzimmer mit und ohne Piano. 58372*

Wer Spargeld hat und dasselbe sicher und gut anlegen will, der laufe bei mir eine Parzelle, 80-90 Ruth, billig, Forme, Schloffer, Klempner, Drechsler, alles schon hier. 7345

Jörg in Sepernia.

Kaufhaus
für **Herren- und Knaben-Bekleidung**
Reinickendorferstr. 53,
gegenüber der Wiesenstraße.

Zur Einsegnung empfehle mein sehr großes Lager eleganter Anzüge zu nachstehend vermerkten sehr billigen Preisen: 58962*

Einsegnungs-Anzüge in Diagonal und Cheviot 7,00, 8,50, 10-12.
" " " in Satin und Kammgarn 10,00, 13,50, 15, 18.
" " " in Kammgarn u. Tuchstoffen 13,50, 15,00, 18, 21.
„Eleganteste“ Tuchkammgarne in allerfeinster Verarbeitung 18,00, 21,00, 24, 27.

Großes Lager von in- und ausländischen Stoffen zur Anfertigung nach Maß, unter Leitung erster Meister. Arbeiter-Bekleidung für sämtl. Berufszweige.

Geschäfts-Grundzüge: Alle Preise sind streng fest, sehr billig und in Zahlen an den Waaren ausgezeichnet.

Berge vor der Noth!
Allgemeine **Volks-Krankenkasse**
G. S. 126.
Staatlich genehmigt für ganz Deutschl. Hauptkassenlokal:
Berlin N., Müllerstr. 174 I.
Telephon-Amt II. 2436.
Sprechstunden 8-4 Uhr.

Kleine Beiträge!
Hohes Krankengeld!
Auch für Sonn- und Festtage wird Krankengeld gezahlt. Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung für Männer u. Frauen.

Agenten
für alle Orte Deutschlands jederzeit gesucht. 58562*

Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!
Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreichste Anerkennungen!
Unstreitig vortheilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Special Mk. 4,10

Ferner empfehlen folgende Marken aus geschmackvoll zusammengestellten hochfeinen Gewächsen in normalen, modernen Formen:

Sumatra, Java.	St. Felix-Brasil.	Havana und Mexiko.
Commercio . . . 100 St. Mk. 3,-	Brillante . . . 100 St. Mk. 3,25	Perla Mexicana 100 St. Mk. 5,-
Dora 3,50	St. Felix Brasil . . . 4,60	Mexicanos 5,50
Efecto 4,25	St. Felix in Original-Rifen, 250 Stück enthalten. . . 12,50	Walküro 6,50
Elvira 4,50	Marko Bahia-Import (Gand- ardet, Weiße Pfeife), Orig. 250 St. enthält. . . 15,-	La Liga 7,75
Odalisca 5,-		Milona 8,-
Senta 6,-		Tullia 9,-

Cigaretten vorzüglichen Qualitäten in allen Preislagen.
Bedingungen: Versand und Verkauf nicht unter 100 Stück von einer Marke. - 300 Stück portofrei unter Nachnahme. - Nichtkonkurrenz erbiten, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückzahlung des gezahlten Betrages zurück; - daher keinerlei Risiko für den Besteller. Zur Halle der Rückzahlung über Rückgabe dürfen an jeder Kiste 4 Stück probeweise unentgeltlich gerahmt sein. Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 3 pCt., bei 1000 Stück 6 pCt. Rabatt, wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht.

Czollek & Geballe, Zigarren-Special-Haus, Berlin C., Spandauer Brücke 9, drittes Haus vom Gattischen Markt.

Guckel's Zahnateliers
Lausitzer Platz 2, Steglitzerstr. 71.
Bestrenommt und wohlbekannt.

Zähne v. 3 M.,
Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)

Ausschneiden!

Dieser Kupon wird mit 1 M. angerechnet.

Haben Sie Wanzen?

Dann sind Sie selbst Schuld daran! Die Ausrottung dieses Ungeziefers durch mein verheißenes **Spezial-Mittel** ist so einfach und erfolgreich, daß man mit ganz geringer Mühe und Kosten diese Plagegeister vollständig ausrotten kann. Das Präparat macht keine Flecke und tödtet die Brut sofort vollständig. Alle Garantie für Erfolg, auch wenn andere Mittel nutzlos waren. - Sprachapparate werden kostenlos geleset. Flasche 50 Pf., 1 M. und 3 M. Einz. und allein beim Erfinder **Rud. Hoffers**, Mantelstr. 92 a. b. Oranienstr.

Bitte genau a. b. Namen Hoffers zu achten. Dies Präparat erchl. nur 1 Mal! Ausschneiden!

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende **Partei-Expeditionen:**

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtstr. 30, Hof II. - 80.: Fritz Zibel, Stalperstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, part. in Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Weierstr. 14. - Gesundbrunnen: Wilhelm Gahmann, Gehlhäuserstr. 64/65. - Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Pars, Köpenicker-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Schwarzenberg, Schillerstr. 94, v. 1. Trappe. - Deutsch-Wilmersdorf: Frau Kähler, Signarierstr. 34, und Frau Reinemann, Signarierstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten.) - Rixdorf: Oskerman, Erbkstr. 6. - Schöneberg: Wilhelm Baumler, Weisgerstr. 50, Seitenflügel part. - Johannisthal-Nieder- und Ober-Schönebeide: Otto John, Ober-Schönebeide, Sternendstraße 7, Jgarengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schönebeide: Karl Weber, Jgarengeschäft. Johannisthal: Senfleben, Restaurateur. - Friedenau-Steglitz: H. Bernise, Rixdstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr, Dimpelstr. 8, und Fr. Schellhase, Agnistr. 15a. - Baumschulenweg: G. Adel, Baumschulenstr. 32 v. III.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Heute und folgende Tage in prima feinstester Qualität:

Zander	pro Pfund 50-60 Pf.
Ehelfisch	20 "
Gablian	15-20 "
Seelachs	15 "
do. im Anschnitt	25 "
Bratjshollen (Zlundern)	20-25 "
Rothzungen	40 "
Wis-Blöhen	20-25 "
Wis-Barjse	40 "
Lebende Aale	80-100 "

Alle anderen Fisch- und Seevögelarten, auch Hummern u. Krebsen, zu niedrigsten Tagespreisen.

16 Dragoner-Strasse 16
Otto Gundermann.

Sophastoffe
auch Reste
in Nidd, Damast, Gröpe, Phantose, Gobelins und Blüsch spottbillig! 40719*

Proben franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Oranienstr. Nr. 158.

Niemand sollte veräunnen,
bei Bedarf **Brannenstr. 110** (neben dem Verbedahn-Depot) von **Jgantz Sello** zu beziehen: **alten Nordhäuser** per Liter 50 Pf., hochf. **Stonsdorfer** intll. Orig.-Fl. (1/2 Liter) 80 Pf., **Halb und Halb**, feinst. **Wormsische**, pr. 1/2, **Champagner-Flasche** intll. 90 Pf., **Himbeer- u. Kirschsaft**, rein und dick einged. per Liter 110 Pf., **süßes Ungarwein**, Orig.-Fl. (1/2 Liter) von 90 Pf. an, sowie sämtl. **Weine, Cognac, Rum und Liköre** im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu **Engrospreisen**. Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **No. 110, Brannenstr. No. 110** zu achten. 51472*

Oranien-Hallen
Am Moritzplatz, Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: **Hermann Scholze** 58502*

empfehle seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Von der Reise zurück.
Dr. Zadek, Berlin S., Dresdenerstr. 109, Telephon Amt IV 3630.

Achtung! Achtung!
Empfehle allen Kollegen u. Genossen mein Restaurant 58620*

Zur Metallarbeiter-Vörje, Weinbergstr. 21 (nahe d. Frankf. Allee). Zahlstelle des Metallarbeiters- und Buchbinder-Vereins.

W. Hansen.
Besondere Umstände wegen schöne Wirtschaft bill. d. Ziele, Lange-straße 10, Quergebäude part. 7445

Flotter Gasthof.
Kaufmannschaft, Rathswage, Oranienstr. Nr. 48 000 M. verkauft. Inhaber 2 Jahre anständig. Umzug nachweisbar. Borort. Nur Selbstkäufer werden berücksichtigt. Kaufmannschaft, Oranienstr. 109.

Die Beleidigung gegen Frau Schigan nehme ich zurück. Frau Jäntner.

Grüntram-Geisheit billig zu verkaufen. Rietze 85 Thür. jährlich. Kaufstr. 10.

Arbeitsanzüge **W. Pahr** Brannenstr. 112.

Fahrräder.
Etwas großes Lager erstklass. Fabrikate auf 58842*

Theilzahlung
ohne Verdrückung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen.
Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.

Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Möbeltischlerei und Lager complet.
Einrichtungen in jeder Preislage zu den billigsten Fabrikpreisen empfiehlt **Julius Apelt, Tischlerstr.**
Skallitzerstrasse 6 (am Kottbuser Thor).

Robert Drescher,
Zinienstr. 218, am Schönb. Thor.
empfehle sein **Weiss- und Baisisch-Bierlokal** nebst schönem **Belegzimmer.**

Künstliche Zähne, Plombiren u. Theilzahlung. 1535
C. Gedicke, Erenbergstr. 52.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Paravane, Anzüge, Sommerpaletots, Hosen, Regulatorien, Remontoir-Waren, Bettdecken spottbillig Pfand-leihe Heanderstraße 6.

Belegzimmer frei, geräumig, mit Piano. Simonstr. 23, Flick.

Arbeitsmarkt.
Werkstätten-Antiker, 11 Bräudenwaggen-Anschläger, Tischwaggen-Antiker, Tischwaggen-Antiker, Schlosser
finden dauernde und lohnende Beschäftigung. 30/12*

Gebrüder Pflüger,
Wagenfabrik,
Cichah i. S.

Reichlichen Wochenverdienst
wesh nach die „Hilfe“, Brannenstr. 32. 7475

Tücht. Versilberer verlangt
Neumann, Hennig & Co., Zeughofstr. 21

Lehrmädchen zur Schneiderei, gewissenhafte Ausbildung, verl. Anna Peierel, Rammstr. 5. 7495

Ein tüchtiger Arbeiter findet sofort dauernde Beschäftigung in der **Goldleisten- u. Fabrik Alexandrinestr. 25.** 7455

Tüchtigen und zuverlässigen Papierer gesucht, d. auch im Pappenscheiden beschäftigt ist, verlangt 7415
Ernst Liep.

Tüchtige Glaschleifer i. Facetten verl. 7385
Oppitz, Etalldreherstr. 26.

Kinderhütchen Arbeiterinnen, gelbte, verlangt gegen hohen Salair 7395
Bruno Wannenberg,
Jerusalemstr. 16.

Tapetzer-Belehrung verlangt
Solkmann, Jolestr. 5.

Laufbursche,
Sohn ordentlicher Eltern, für Waaren-Kaufmannschaft gesucht. 7425
Adresse zuerst 9 M.
Adressen Gdhrte Q. 5 d. Zeitung.

Kinderhütchen-Belehrerinnen verlangt sofort
Mannberg, Jerusalemstr. 16.